37. Jahrgang | Bochum, den 8. August 1925 | Nummer 32

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Scheck-Konto Hannover Nr. 57613 Giro-Konto Bank der Arbeiter und Angestellten, Berlin S 14, Wallstr. 65 | Der Abonnementspreis beträgt durch Boten oder die Post bezogen vierteljährlich 2,25 RM. Anzeigenpreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg. | Verantwortlich für den Inhalt: Heinr. Limbertz, Essen. Druck: H. Hansmann & Co., Bochum. Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. W., Wiemelhauser Straße 38/42 | Telephon-Nummern: 4300, 4301. Telegramm: Altverband Bochum

Internationale Bergbaukonflikte.

Die Krise auf dem internationalen Kohlenmarkt. — Drohende Arbeitskonflikte in allen Kohlenländern. Eine Entschließung der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes zur gesamten Lage.

Streik an der Saar! Die Vertreter der Saarbergleute in Paris zu Verhandlungen mit der Regierung und der Saar-Bergwerksdirektion. In England neue Verhandlungen, von der Regierung veranlaßt, von denen man aber nicht weiß, was aus ihnen wird. In Frankreich ein vorläufiges Uebereinkommen, in Belgien desgleichen. In Deutschland ein trostloses Bild bezüglich der Lage im Steinkohlenbergbau. Tarife teils abgelaufen, teils in, teils vor der Kündigung. Entschlossenheit der Arbeiterorganisationen, Verlängerung der Arbeitszeit unter keinen Umständen hinzunehmen.

Das war die Lage, als am 28. Juli der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterbundes in Paris zu einer Sitzung zusammentrat, der insbesondere die französische und englische Presse die größte Aufmerksamkeit widmete. Journalisten und Photographen belagerten den ganzen Tag die Räume des Genossenschafsrestaurants, in denen die Konferenz tagte. Die „Times" brachte einen Artikel, der den deutschen Bergleuten nachsagte, daß sie „nie große Sympathie für ihre englischen Kameraden gehabt" hätten. Die englischen Kameraden hielten diesen Artikel als von deutscher industrieller Seite inspiriert und damit mögen sie nicht ganz unrecht haben, da neuerdings eine enge journalistische Verbindung der „Times" mit der „Industrie- und Handels-Zeitung" besteht.

An der Konferenz in Paris nahmen teil von England Smith, Richardson, Cook und Hodges, von Frankreich Vigne, Bard, Dumoulin und Quintin, von Belgien Dejardin und Lombard, von Holland Vanderbilt, von der Tschechoslowakei Jarolim, Brozik und Drexl, von Deutschland Husemann, Limbertz und Dr. Berger. Außerdem nahmen an der Konferenz teil Fimmen und Cramp vom Internationalen Transportarbeiterverband.

Die Verhandlungen standen natürlich vorwiegend unter dem Eindruck der gespannten Lage in England. Die englische Bergarbeiterorganisation hat die Teilnahme an einem neuen, von der Regierung vorgeschlagenen Untersuchungsausschuß abgelehnt. Sie hat diese Ablehnung begründet damit, daß den Schlußfolgerungen, die 1919 die Sankeykommission gezogen hat, keine Folge gegeben worden sei. Sie lehnte den Unternehmervorschlag ab, der bedeutende Lohnherabsetzungen und Verlängerung der Arbeitszeit bedeutete.

In einer neuen Broschüre vom 22. Juli hat der englische Verband dem englischen Gewerkschaftskongreß eine Darstellung der Gesamtlage gegeben. Er sagt darin u. a.: „Der Förderanteil je Mann und Schicht ist in England größer als in allen anderen Kohlenländern, ausgenommen Amerika. In Amerika sind infolge der geologischen Verhältnisse und dank guter technischer Einrichtung die Produktionskosten erheblich niedriger als in allen anderen Ländern, aber der Bedarf ist erheblich gesunken und deshalb die Kohlenlage schlecht. Die Arbeitszeit in England sei untertage 20 Minuten kürzer als die in anderen Ländern meist übliche Achtstundenschicht. Große Kohlenvorräte sind in allen Ländern vorhanden, besonders in Deutschland, dem hauptsächlichsten Konkurrenten Englands. Die Reallöhne seien in allen anderen Ländern höher als in den Exportdistrikten Englands.

Das Exekutivkomitee des britischen Gewerkschaftskongresses billigte, daß der Bergarbeiterverband die Vorschläge der Unternehmer glatt zurückwies. Der Unternehmervorschlag beseitigt den Minimallohn der Bergleute, der nach dem jetzigen Tarifvertrag ohne Rücksicht auf Profit oder Verlust der Unternehmer zu zahlen ist. Der Vorschlag wälzt letzten Endes alles Risiko des Bergbaues auf die Bergleute ab, bedroht sie mit ständigen Lohnreduktionen, während den Unternehmern unter allen Umständen ein guter Profit gesichert wird. Der Verband verkennt nicht die Gefahren eines englischen Bergarbeiterstreiks, rechnet aber auf die Einsicht der englischen Gewerkschaftsgenossen, die den Bergleuten nicht die Annahme von Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung zumuten werden."

Aus dem Bericht der englischen Kameraden war noch zu entnehmen, daß die Unternehmer alle möglichen Winkelzüge machen, um die Arbeiter zu entzweien, indem sie Reviervorschläge machen, die für einzelne Gruppen Verbesserungen bedeuten. So wurden in Yorkshire für 70 000 Bergleute Lohnerhöhungen angeboten, 52 000 sollten den jetzigen Lohn behalten, während der Rest Lohnherabsetzung bekommen sollte. All solchen Versuchen gegenüber blieben die Bergleute fest, am 29. Juli werden sie in der Verhandlung mit der Regierung den Standpunkt vertreten, daß Regierung und Unternehmer für die Lage verantwortlich seien, weil sie die Vereinheitlichung der Produktion und die Nationalisierung der Gruben nicht eingeleitet haben.

In Frankreich ist es seit der letzten internationalen Konferenz zu einem Kompromiß, nach dem die Unternehmer in mehreren Bezirken auf 20 Prozent der geforderten 40 Prozent Reduzierung des Teuerungszuschlags verzichten. Am 15. September soll in allen Revieren wieder der volle Teuerungszuschlag gezahlt werden.

Für Deutschland machte Husemann ausführlich Mitteilung über die Lage in Deutschland und dem an der Saar ausgebrochenen Streik. Er schilderte die vertragliche Lage im Bergbau, die Absichten der Unternehmer auf Arbeitszeitverlängerung und die von der Organisation getroffenen Maßnahmen zur Abwehr dieser Bestrebungen.

In Belgien zeigt die Lage seit der letzten Konferenz eine leichte Besserung. Die Unternehmer, die den Tarifvertrag kündigen wollten, haben jetzt nur zwei kleine formelle Aenderungen vorgeschlagen. Darüber hinaus sind sie damit einverstanden, daß Aenderungen in Lohn und Arbeitszeit nur eintreten mit Zustimmung der Arbeiterorganisation. Ein Grund für diesen Rückzug der Unternehmer ist vielleicht die Verschlechterung des Franken, der die Unternehmer konkurrenzfähiger macht. Wahrscheinlich ist aber die Tatsache mit entscheidend gewesen, daß jetzt wieder Sozialisten in der Regierung sitzen und der Arbeitsminister Sozialist ist. Der Tarif ist vorläufig bis zum 1. September verlängert.

In der Tschechoslowakei hat sich die Lage weiter verschlechtert. Seit der letzten Internationalen Konfernz sind wieder 3000 Arbeiter entlassen, weitere Entlassungen folgen. Die Unternehmer verlangen nach wie vor eine Angleichung der Arbeitszeit an die in den benachbarten Ländern. Sie haben aber direkte Vorstöße in dieser Richtung noch nicht gemacht.

Die Debatte drehte sich wesentlich um die Frage, was die Internationale tun könne, falls die Lage in England zum Streik führe. Fimmen vom Intern. Transportarbeiterverband konnte die Unterstützung der Bergarbeiter durch die Transportarbeiter zusichern, **wirksam und freudig allerdings nur für den Fall der Unterstützung eines englischen Streiks durch Streiks in anderen Ländern.** Finanziell müßten allerdings die Transportarbeiter durch die Amsterdamer Internationale unterstützt werden.

Die Debatte endete mit Annahme der folgenden

Entschließung:

„Die Konferenz des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale, tagend am 28. Juli in Paris, beriet die schwere Lage, in der sich die Bergarbeiter der verschiedensten Länder befinden, infolge der Drohung der Unternehmer, die Löhne zu kürzen und die Arbeitszeit zu verlängern in einem Augenblick, in dem die Lebensverhältnisse immer schwieriger werden.

Die Kohlenkrisis ist eine Folge der Unordnung und der Anarchie im kapitalistischen System, die Produktion von Heizmitteln ist weit über den Bedarf gestiegen.

Die Konferenz erklärt, daß das wichtigste Hilfsmittel gegen diese Unordnung zu erblicken ist in der Reglementierung der Produktion, wodurch diese in Einklang gebracht wird mit dem Bedarf in den verschiedenen Ländern.

Dieses Ziel kann nur erreicht werden durch Nationalisierung der Gruben und Reglementierung der Produktion. Die Konferenz ruft deshalb die Gewerkschafts- und Bergarbeiterorganisationen der verschiedenen Länder auf, für diese wichtigste Reform zu kämpfen.

Die Konferenz beschließt ferner, den britischen Kameraden die höchstmögliche Unterstützung zu gewähren in ihrem Kampfe gegen die unerträglichen Verhältnisse, die ihnen die Unternehmer aufzwingen wollen.

Angesichts der außerordentlichen Dringlichkeit der Angelegenheit beschließt das Komitee, daß für den Fall, daß die britischen Bergbauunternehmer ihre Drohungen zum 1. August verwirklichen, eine internationale Aktion unternommen werden soll. Für die Fälle, wo ein Streik nicht sofort durchführbar ist, wird beschlossen, daß solche Länder ihre Produktion so weit einschränken, daß die Kohlenförderung nicht mehr eine Bedrohung Großbritanniens darstellt. Die Konferenz beschließt ferner, sich mit der internationalen Transportarbeiterorganisation in Verbindung zu setzen, damit der Transport von Kohle nach England verhindert wird."

✡

Ohne Verleumdungen gehts nicht.

Verschiedene bürgerliche Pariser nationalistische sowie deutsche Blätter haben mitgeteilt, daß die Vertreter des deutschen Bergarbeiterverbandes in der Pariser Konferenz sich gegen die Proklamierung eines allgemeinen internationalen Streiks gewandt hätten. Von der kommunistischen Presse wurde diese in ihrer Allgemeinheit falsche Meldung zu wüsten Angriffen gegen den deutschen Bergarbeiterverband und seine Vertreter im Exekutivkomitee benützt.

Wir stellen demgegenüber fest, daß die Vertreter unseres Verbandes in Paris pflichtgemäß auf die vertragliche Gebundenheit hinwiesen, die einen allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreik zum 1. August oder sofort unmöglich machten. Die Entschließung der Pariser Konferenz, und noch mehr die dazu geführte Debatte zeigt denn auch, daß die ausländischen Kameraden für die schwierigen deutschen Verhältnisse Verständnis haben. An wirklicher Solidarität, an Leistung großmöglichster Hilfe für kämpfende ausländische Bergarbeiter wird sich unser Verband von niemand übertreffen lassen, am wenigsten von kommunistischen Schreiern, die an Macht und Hilfe gar nichts zu bieten haben.

✡

Für Donnerstag, den 30. Juli, hatte der Vorstand infolge der schwebenden Konflikte auf dem internationalen Kohlenmarkte und im Hinblick auf die Differenzen in den verschiedenen deutschen Bergbaurevieren eine außerordentliche Reichskonferenz nach Berlin einberufen.

Zur Lage im internationalen Bergbau referierte Kamerad Husemann. Seine Ausführungen gipfelten im wesentlichen in den Punkten, die wir in den vorstehenden Erläuterungen zur internationalen Situation schon zum Ausdruck brachten.

✡

Ueber

die gegenwärtige Situation im deutschen Bergbau

erstattete Kamerad Schmidt eingehend Bericht.

In fast allen Bergbaurevieren des Reiches haben sich die Dinge außerordentlich zugespitzt. Vor allem lastet über dem Steinkohlenbergbau der Druck der allgemeinen Absatzkrise. Dieser Druck ist deshalb so empfindlich, weil er die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Bergarbeiter außerordentlich stark belastet. Die Bergarbeiter sind in der Lohnstaffel unter die meisten der übrigen Berufsarbeiter gedrückt worden und sinken infolge des steigenden Index immer mehr unter die Reallohnbasis der Vorkriegszeit. Infolge dieser Depression haben sich in einer ganzen Anzahl von Bergbaurevieren automatisch Lohnbewegungen ausgewirkt.

Vor allem stoßen unsere Kameraden im Braunkohlenbergbau vor. Der Braunkohlenbergbau wurde von der Absatzkrise bisher noch am wenigsten betroffen. So befindet sich gegenwärtig

Mitteldeutschland

in einer Lohnbewegung, die trotz eines Schiedsspruchs ihren Abschluß noch nicht gefunden hat. Es ist dabei zu beachten, daß die Kameraden im Braunkohlenbergbau noch die zwölfstündige Schichtzeit verfahren müssen. Diese ungeheuerlich lange Schichtzeit wird immer wieder Konfliktstoff innerhalb der kommenden Zeit bilden, da die Bergarbeiter nicht gewillt sind, diesen Zustand für immer ruhig hinzunehmen.

Trotz der mißlichen Absatzlage auf dem Steinkohlenmarkte sind eine ganze Reihe von Revieren in Lohnbewegungen geraten. Das

Saargebiet

befindet sich gegenwärtig mit über 70 000 Bergarbeitern im Streik um eine Lohnerhöhung. Der Hauerdurchschnittslohn beträgt zurzeit 26,10 Franks. Umgerechnet auf deutsche Verhältnisse liegt der Reallohn an der Saar weit unter dem Durchschnittslohn an der Ruhr und im übrigen westlichen Deutschland. Zu den augenblicklich beendeten Verhandlungen in Paris wird noch eine Revierkonferenz Stellung nehmen.

Einen kleinen Lichtblick bildet gegenwärtig

Oberschlesien.

Durch die Absperrung des Kohlenzuflusses aus Polnisch-Oberschlesien leeren sich dort nach und nach die Halden und Lagerbestände. Nicht zu vergessen ist, daß in diesem Revier die 8½stündige Schichtzeit verfahren wird, die auf die Dauer für die oberschlesischen Kameraden und auch für die Kameraden in den anderen Bergbaurevieren nicht haltbar ist. Die oberschlesische Kohle tritt heute selbst in bisher unbestrittenen Absatzgebieten der Ruhrkohle als gefährlicher Konkurrent auf. — Im

sächsischen Steinkohlenrevier

fanden gleichfalls Lohnverhandlungen statt, die am 27. Juli vorläufig mit einem Schiedsspruch beendet wurden, der keinerlei Lohnerhöhung vorsieht. Die Lohnordnung wird am 1. August bereits wieder gekündigt, so daß die Bewegung ihren Fortgang nehmen wird.

Die Verhältnisse in

Niedersachsen,

im Gebiet des Deister, stehen ganz besonders schlecht. In diesem Revier werden Löhne gezahlt, die noch weit unter den Nominallöhnen der Vorkriegszeit stehen. Es befinden sich heute schon dort eine ganze Anzahl Kameraden im Ausstand. — In

Niederschlesien

hat sich die Kohlenabsatzkrise ganz besonders scharf ausgewirkt, da dieses Revier durch die oberschlesische Konkurrenz scharf umklammert wurde. Durch die Entlassung des Kohlenmarktes infolge des Ausfalls der polnisch-oberschlesischen Kohle bekommt auch Niederschlesien etwas Luft. Unsere Kameraden kündigten zum 1. August die Lohnordnung und fordern eine allgemeine Lohnerhöhung sowie die Angleichung des Neuroder Gebiets an die allgemein geltenden Löhne in Niederschlesien. Das Neuroder Revier hatte bisher 10 Prozent weniger Lohn als die übrigen Bezirke Niederschlesiens. Der durchschnittliche Tariflohn für Hauer in Niederschlesien beträgt 3,89 Mk. pro Schicht.

In Bayern

sind gleichfalls Differenzen ausgebrochen. Für die fränkische Steinkohle wurde eine Lohnerhöhung von 25 Pf. je Schicht durch Schiedsspruch ausgesprochen, während für die oberpfälzische Braunkohle bisher nichts erreicht wurde.

Ganz besonders kompliziert liegen die Verhältnisse in Deutschlands Hauptkohlengebiet, im

Ruhrrevier

Die Unternehmer entwickeln hier eine emsige Tätigkeit, um die gegenwärtige Krise und den Druck der Entlassungen und Zechenstillegungen umzumünzen in eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden. Die bürgerliche Presse wird systematisch bearbeitet, um der Oeffentlichkeit die Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitszeit um mindestens ein halbe Stunde plausibel zu machen. Die Unternehmer laufen bei der Regierung ein und aus und versuchen, dieselbe ihren Wünschen dienstbar zu machen. Es fanden Verhandlungen zwischen Unternehmern und Regierung statt, die den Protest der Arbeiterorganisationen gegen ein derartiges Versteckspiel hervorriefen. Die Arbeitervertreter verlangten gleichfalls Verhandlungen mit der Regierung, die nun auch am 28. und 29. Juli stattfanden.

Am 28. Juli verhandelten Arbeitervertreter, Unternehmer und Regierung gemeinsam. Bei diesen Verhandlungen wurde zugegeben, daß

die Regierung den Industriellen an der Ruhr zur Ermöglichung des Abtransportes der Haldenbestände einen Kredit von 15 Millionen Goldmark bewilligt hat.

Die Ansicht unserer Kameraden wurde in folgende Forderungen geformt:

Schleunige Inangriffnahme von Notstandsmaßnahmen; besserer Ausbau der Erwerbslosenunterstützung; einheitlich organisierte Inangriffnahme der Umsiedlung und Umschichtung der Bergarbeiter in andere Berufe; Entschädigung der Bergarbeiter bei Stillegungsmaßnahmen auf Grund der Syndikatsvereinbarungen; besser ausgebautes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Entlassungen; Verkürzung der Arbeitszeit, wenn dieselbe nicht auf nationaler Grundlage möglich ist, so durch eine internationale Regelung; Lohnerhöhung, um die Reallöhne an die gesteigerten Lebenshaltungskosten anzupassen; zwischen Reallohn und gestiegerten Lebenshaltungskosten gegenüber dem Vorkriegszustand klafft ein Minus von über 18 Prozent.

Die Unternehmer waren selbstverständlich von diesen Forderungen nicht sehr erbaut und stimmten ein allgemeines Klagelied über zu hohe Steuerunkosten und nicht tragbare soziale Belastungen an. **Zum Schluß erklärten sie rundweg, daß sie auf der Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden bestehen müßten. Ihnen wurde sofort erwidert, daß die Arbeitervertreter im Bergbau über eine Verlängerung der Arbeitszeit überhaupt nicht verhandeln. Diese Frage ist vollkommen undiskutabel. Es gibt bei einer derartigen Kraftprobe nur einen rücksichtslosen Kampf.**

So gestaltete sich diese Konferenz zu einer völlig negativen Zusammenkunft, die von dem Vorsitzenden mit der lakonischen Mitteilung geschlossen wurde, daß sich die beiderseitigen Ansichten schroff gegenüberstehen.

Im Anschluß an diese Verhadlungen wurden zwei Ausschüsse gebildet. Der erste Ausschuß soll die Aufgabe erhalten, gemeinsam mit Arbeiter-, Unternehmer- und Regierungsvertretern die Frage der Notstandsarbeiten, Bereitstellung von Reichs- und Staatsmitteln, eine anderweitige bessere Regelung der Erwerbslosenfürsorge und Entschädigungszahlungen an Arbeiter stillgelegter Zechen praktisch in die Wege zu leiten. Im zweiten Ausschuß sollen die sozialpolitischen Belange, Errechnung von Selbstkosten, Anteile der Knappschaftsbeiträge usw. behandelt werden.

Der erste Ausschuß soll am 3. August unter Leitung des Reichsministeriums tagen, der zweite Ausschuß wird Mitte der Woche zusammentreten.

Am 29. Juli fanden Verhandlungen in der Reichskanzlei statt, an der nur die Arbeitervertreter der Eisenindustrie, des Bergbaues und der Spitzenorganisationen mit der Regierung teilnahmen. Bei diesen Verhandlungen zeichnete sich insbesondere

der Oberbergrat Weise,

der zuständige Referent aus dem Oberbergamt Dortmund, durch seine unternehmerfreundliche Haltung aus. Er war der Meinung, daß er „gegenwärtig" keine Aenderung der Arbeitszeit gutheißen könne. Weiter hielt Herr Weise eine größere Mitwirkung der Betriebsräte bei den Entlassungen nicht für angebracht. Er behauptete, daß nach seiner Information die Betriebsräte bei dem größten Teil der Entlassungen „gehört" worden seien. **Um seiner Handlungsweise die Krone aufzusetzen, vertrat er den Standpunkt, daß für die Kokereiarbeiter, die nach der Verordnung vom 20. Januar 1925 wieder die achtstündige Arbeitszeit erhielten, eine halbe Stunde Frühstückspause und eine Stunde Mittagspause eingeführt werden könnten.**

Diese Konferenz hat mit aller Deutlichkeit den Beweis erbracht, daß die Bergarbeiter in dem Oberbergrat Weise einen ausgesprochenen Vertreter der unternehmerlichen Gedanken gegenüberstehen. — Auch im

Erzbergbau

drohen dauernd Konflikte. In den Bleierzgruben an der Lahn befinden sich unsere Kameraden seit Wochen im Ausstand. Eine Regelung der Differenzen auf diesen Werken wird sich nur schwer finden. — Im

Kupfererzbergbau

Mansfelds schweben gleichfalls Lohnverhandlungen, die am 31. Juli zu Schiedsverhandlungen führten.

Ueberall brechen im Bergbau Konfliktsstoffe an die Oberfläche. Nicht nur international, sondern auch national rumort es innerhalb der Bergbauwirtschaft. Die Bergarbeiter müssen deshalb heute mehr als je auf der Hut sein. Wenn die Bergarbeiterführer die Schläge der Unternehmer gut parieren wollen, müssen sie eine gut fundierte Organisation der Bergarbeiter zur Verfügung haben.

An den Vortrag des Kameraden Schmidt schloß sich eine sehr rege Debatte, die sich vor allem mit dem inneren Wesen der zukünftigen Taktik des Verbandes beschäftigte.

Ueber

die bevorstehende Knappschaftsnovelle

hielt Kamerad Borgschulze ein instruktives Referat, das eine längere Debatte auslöste. Während des Vortrages und im Laufe der Debatte kamm immer wieder der Gedanke zum Durchbruch, daß die gegenwärtigen Lohn- und Arbeitszeitkonflikte im engsten Zusammenhange mit den Kämpfen um eine bessere Gestaltung der Sozialversicherung stehen. Die jetzige reaktionäre Reichstagsmehrheit bilde auch für die Bergbauinvaliden eine ständig drohende Gefahr. Der Regierungsentwurf zur Neuänderung des Knappschaftswesens zeigt oft so wesensverwandte Punkte mit den Forderungen der Unternehmer, daß der Einfluß den die Großindustriellen auf diese Regierung ausüben sehr leicht zu erkennen ist.

Die im Referat des Kameraden Borgschulze angeschnittenen Fragen werden in der nächsten Zeit den Reichstag beschäftigen. Die „Knappschaftsreform" ist noch immer nicht vollendet. Sie wird noch sehr ausgiebig in der Retorte der parlamentarischen Machtkämpfe hin- und hergewendet werden, so daß sich für heute ein näheres Eingehen auf die zum Teil noch schwebenden Fragen erübrigt.

*

Das Ergebnis der Reichskonferenz wurde in einer

Entschließung

zusammengefaßt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands erklärt sich mit der Haltung der deutschen Bergarbeitervertreter auf der letzten Konferenz des Internationalen Exekutivkomitees in Paris einverstanden und bekundet den festen Willen dem in der Entschließung der Pariser Konferenz angekündigten Abwehrkampf der Bergarbeiterinternationale gegen die Bedrohung der Lebensgrundlagen der Bergarbeiter aller Länder durch Lohnverminderung und Arbeitszeitverlängerung jede mögliche Unterstützung zu gewähren. Die Reichskonferenz beschließt daher, der Pariser Resolution folgend, den englischen Kameraden im Falle die englischen Grubenbesitzer ihnen die beabsichtigten unerträglichen Arbeitszeit- und Lohnbedingungen aufzuzwingen versuchen, in treuer Hilfe beizustehen, und beauftragt die Verbandsleitung, dazu die geeigneten Schritte zu unternehmen.

Die Reichskonferenz nimmt weiter Kenntnis von dem großen Kampf der Saarbergleute und spricht den Saarkameraden ihre volle Sympathie aus.

Die Konferenz stellt ferner fest, daß die Lohnverhältnisse im deutschen Bergbau infolge der stetig steigenden Lebenshaltungskosten unerträglich geworden ist. Dieser Umstand wird durch die geradezu wirtschaftsfeindliche Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung und der Reichstagsmehrheit noch weiter verschlimmert. Eine Kürzung des Reallohnes bedeutet aber unter den heutigen Verhältnissen eine Verringerung der Leistungsmöglichkeit der deutschen Bergarbeiter. Deshalb verurteilt die Konferenz auf das schärfste die Lohnpolitik der Unternehmer und bedauert die vielfach festzustellende Unterstützung dieser Politik durch amtliche Schlichtungsorgane. Die Konferenz wendet sich entschieden gegen das Bestreben der Unternehmer, unter Vorgeben der Produktionsverbilligung Arbeitszeitverlängerungen herbeizuführen. Jeden Versuch der Unternehmer, die Arbeitszeit zu verlängern, wird der Bergarbeiterverband den stärksten Widerstand entgegensetzen. Die Konferenz verlangt, daß die notwendige Umstellung im Bergbau der Willkür der Unternehmer entzogen und nur gemeinsam mit den Bergarbeiterorganisationen durchgeführt wird.

An die Bergarbeiterschaft richtet die Konferenz den Appell, zur Besserung der Lage auch ihrerseits dadurch beizutragen, daß bei der herrschenden Arbeitslosigkeit Ueberschichten nicht verfahren werden.

Um den Bestrebungen der Unternehmer wirksam entgegentreten zu können, ist es unerläßlich, daß die Bergarbeiter mit allen Mitteln ihre Organisation stärken und alle noch fernstehenden Bergarbeiter dem Bergarbeiterverband zuführen."

Wissen, Beruf, Technik.

Die Verflüssigung der Kohle.

Die Versuchsanlage für das Bergiusverfahren in Mannheim-Rheinau.

Unter gewaltigen sozialpolitischen Zuckungen und wirtschaftspolitischen Erschütterungen vollzieht sich im Laufe der gegenwärtigen Periode eine bedeutsame Umwälzung innerhalb der Rohstoffgrundlage der modernen Wirtschaft. Riesige Lager nicht absetzbarer Kohlenmengen, stillgelegte Zechen, Zehntausende von arbeitslosen Bergarbeitern, Absatzkrisen und drohende Arbeitskonflikte in allen großen bergbautreibenden Ländern bilden den begleitenden Text zur großen Tragödie der Entthronung der bisherigen Wirtschaftsmajestät: Steinkohle. In aufwärtsstürmendem Fluge macht sich der Mensch die Elemente immer mehr zum Werkzeug, weckt Tag für Tag immer neue Naturkräfte zur Hilfeleistung in seinem Kampf um die Bezwingung der ganzen Erde.

Noch vor wenigen Jahren war die Majestät Steinkohle der unverrückbare Riese Atlas, der auf seinen Schultern das ganze weltumspannende Gebäude des modernen Produktionsgeschehens trug. Die schwarzen Diamanten leiteten Kraft, Licht und Wärme in das mannigfaltige Adergeflecht der Wirtschaft. Majestät Steinkohle stand auf hohem Piedestal und schwang den Taktstock im Konzert der großen Wirtschaftsgewalten.

Und heute? Mehr und mehr wird die Steinkohle aus allen Gebieten ihrer bisherigen Vorherrschaft verdrängt. Der Mensch fand neue Quellen gewaltiger Kraftentfaltung. Ueber die Provinzen der Länder spannen und dehnen sich die Starkstromleitungsdrähte der elektrischen Großkraftwerke, deren Energiequellen erschlossen wurden in den Millionenkräften der Wassermassen, die sich Tag für Tag von der Höhe zur Tiefe ergießen, oder die gefunden wurden in dem gewichtigen Halbbruder der Steinkohle, der früher so verächtlich betrachteten Braunkohle. Mehr und mehr erlöschen die glutheißen Feuerrachen der Schiffsmaschinen auf den Meeren. Die Schiffe haben eine neue Triebkraft gefunden, die viel feiner und manierlicher ist als der grobe, schwarze, tyrannische Kohlenprotz — das Oel. Wenn wir den Schleier abzuheben vermöchten, der über der Bühne des kommenden Geschehens ruht, so könnten wir vielleicht schon weltenweite Straßen sehen; könnten vielleicht Zeiten ahnen, in denen man nur noch voll tiefen Mitleids jener Periode in der Geschichte der Menschen gedenkt, da die Bergleute als Parias der Gesellschaft, in Qual und Not, dem Grubentod tagtäglich ins grauenvolle Angesicht schauend, die schwarzen Schätze aus dem Geklüfte der Erde holen mußten.

Zukunftsmusik? Nein, sagen wir, nicht Zukunftsmusik, sondern Klänge, deren leise schwingende Anfangsakkorde unser Ohr bereits zu vernehmen vermag. Denkt an die Theorie der Atomzerstörung! In einem halben Glase Wasser ruhen tausende von Pferdekräften!

Doch zurück zum Oel! Erdöl ist der neue Anwärter um die Vorherrschaft auf dem Rohstoffmarkte. Immer weiter schrumpft der ehemals so strotzende Kohlenriese zusammen. An seiner Lebenskraft saugt der junge Erdölkonkurrent. In gewaltigen Sprüngen klettert der junge Riese zu wirtschaftlicher Bedeutung empor. Die Weltproduktion an Erdöl betrug:

1857	1 977	Barrels
1880	30 018 000	„
1895	103 663 000	„
1904	218 204 000	„
1914	403 746 000	„
1923	1 000 000 000	„

Ein Barrel ist gleich 1,59 Hektoliter. Im Jahre 1913 verbrauchten die Schiffe der Vereinigten Staaten von Nordamerika 7 500 000 Hl. Heizöl und 7 500 000 To. Steinkohle. Für das Jahr 1923 hatten sich die Verhältnisse bereits so umgestaltet, daß die amerikanischen Schiffe 60 000 000 Hl. Heizöl verbrauchten, während der Kohlenverbrauch auf 4 500 000 To. zurückging. Die englische Marine brauchte z. B. im vorigen Jahre 4 Millionen Tonnen Kohle weniger als im Jahre 1913, weil sich die Schiffsfeuerung mehr und mehr auf Oel eingestellt hat. Im Jahre 1914 waren noch 8 Prozent sämtlicher Schiffe der Welt mit Kohlenfeuerung ausgestattet. Dieser Anteil fiel im Jahre 1923 auf 66 Prozent und ist weiter in rasender Abnahme begriffen. Nach Lloyds Register wurden im Jahre 1924: 317 Schiffe mit einem Inhalt von über 17 Millionen Bruttoregistertonnen und 953 Großmotorschiffe mit über 1,6 Mill. Bruttoregistertonnen durch Oelfeuerung betrieben. Der Aktionsradius eines Schiffes, das mit Oel gefeuert wird, ist um 100 Prozent größer als der des Schiffes mit Kohlenfeuerung. Um das für eine Reise notwendige Oel einzupumpen, braucht man (beispielsweise bei 7000 Tonnen Heizöl) 6 Stunden. Zum Bunkern einer dementsprechenden Kohlenmenge bedarf es einer Zeit von 46 Stunden. Ein moderner Ozeandampfer braucht bei Kohlenfeuerung eine Bedienungsmannschaft von 200 Heizern und 120 Trimmern. Dasselbe Schiff mit Oelfeuerung braucht nur 25—30 Bedienungsleute. Die Befeuerung mit Oel ist immer gleichmäßig und kann durch den geringsten Druck auf ein Ventil geregelt werden. Die Feuerungsräume auf Schiffen mit Oelfeuerung sind sauber und verhältnismäßig kühl, die Feuerungsräume der Schiffe mit Kohlenfeuerung gleichen bei stürmischer See oder in tropischen Gegenden Höllenschlünden.

Die Ursachen des Siegeslaufes der jungen Erdölindustrie werden durch diese winzigen Teilbilder aus dem ganzen Geschehen deutlich genug aufgedeckt. Das Oel wächst zum beherrschenden Wirtschaftsfaktor heran. Die Steinkohle wird mehr und mehr in eine minder bedeutende Stellung gestoßen. Der Erdölkapitalismus hat bereits diese neue Wirtschaftsmacht unter seine Fittiche genommen und bringt gefährliche, imperialistische Tendenzen zum Ausdruck. Die großen machtpolitischen Gruppierungen auf der Erde stehen sich, auch in der Erdölfrage, im Kampf um den Besitz der Erdölfelder, feindlich gegenüber und neue Kriegsgedanken flammen überall am Horizont der Erdölinteressensphären auf.

Deutschland steht außerhalb des Ringes der Machtkämpfe um die Produktionsfelder des Erdöls. Es ruht auf seiner Kohlenbasis und wird durch die Krisenerscheinungen, die die internationale Kohlenwirtschaft erschüttern, in immer stärkerem Maße in Mitleidenschaft gezogen. Mehr und mehr veröden ehemals betriebsame, wichtige Kohlengebiete. Aus diesem Grunde ist es zu verstehen, wenn der 1. Vorsitzende des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Fritz Husemann, in einer Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes am 15. April 1925, die sich mit der Krise im Bergbau beschäftigte, sagte, daß die Forschungen auf dem Gebiete der Kohlenverflüssigung, wie sie von dem Heidelberger Professor Dr. Bergius vorgenommen werden, den einzigen Lichtblick in der Dunkelheit dieser Zeit bilden.

Die Forschungen Dr. Bergius' zur Verflüssigung der Kohle laufen darauf hinaus, die deutsche Kohlenbasis in eine gewaltige Oelbasis umzuwandeln. In unzähligen Versuchen hat Bergius der Natur die geheimnisvollen Vorgänge, die sich bei Verbindung und Spaltung der Kohlenmoleküle und Kohlenwasserstoffe vollziehen, abgelauscht. Er verbindet die während eines Aufbereitungsverfahrens aufgebrochenen Kohlenmoleküle mit Wasserstoff und schafft flüssige Kohlenwasserstoffmoleküle, die nunmehr den Schlüsselpunkt zum Umwandlungsprozeß der Kohle zum Oel bilden. Die Kunst des Chemikers ist es, in die Geheimnisse der Natur einzudringen und bestimmte Vorgänge in die einzelnen Bestandteile zu zerlegen. Was sich in der Natur im Laufe der Jahrhunderttausende und Jahrmillionen unter der Einwirkung verhältnismäßig geringer Druck- und Hitzegrade abgewickelt hat, wird in den Versuchen der Chemiker durch Anwendung großer Druck- und abgewogener Hitzeeinwirkungen im Rahmen einer kurzen Zeit nachgestaltet.

Inmitten der lärmerfüllten Fabrikanlagen von Mannheim-Rheinau erhebt sich die großzügig ausgestattete Versuchsanstalt der Deutschen Bergin-Gesellschaft. Ueber 2000 Versuche haben den geistigen Leiter dieses Unternehmens, Dr. Bergius, zu dem Erfolg gebracht, daß sich das Verfahren heute zur großindustriellen Durchführbarkeit entwickelt hat.

Das Berginöl ist kein Schwelerzeugnis, welches aus einer unter Druck vollzogenen Halbverkokung stammt. Wenn bei dem gleichen Verfahren anstatt Wasserstoff Stickstoff zugesetzt wird, erhält man 90 Prozent Koks. Bei der Benutzung von Wasserstoff ergaben sich 67 Prozent flüssige, in Benzol lösliche Stoffe. Der eigentliche Prozeß der Umgestaltung von Kohle in Oel ist, wie schon gesagt, darin zu suchen, daß die sehr verwickelten Kohlenmoleküle bei 350—400 Grad Hitze aufgebrochen und mit Wasserstoff gefüllt werden, wodurch flüssige Kohlenwasserstoff-

Kein Bergarbeiterstreik in England.

Erfolgreiche Vermittlungsvorschläge der Regierung. — Die Zechenbesitzer ziehen die Kündigung zurück.

In letzter Stunde wurde der Ausbruch eines Streiks der englischen Bergarbeiter verhindert. Durch die Presse werden folgende Mitteilungen gegeben:

London, 1. August. Wie amtlich gemeldet wird, zogen die Bergwerksbesitzer entsprechend dem gestrigen Vermittelungsvorschlag Baldwins die Kündigung des bisherigen Abkommens auf die Dauer von 14 Tagen zurück, damit in der Zwischenzeit die notwendigen Besprechungen über die Verwendung der zeitweiligen finanziellen Beihilfe seitens der Regierung stattfinden können.

London, 1. August. Im Unterhaus teilte Premierminister Baldwin mit, daß die Grubenbesitzer ihre vor 14 Tagen erlassenen Ankündigungen zurückgezogen hätten und daß der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter daraufhin die Anweisung gegeben habe, die Arbeit fortzusetzen.

Der Verlauf der Vermittlungsverhandlungen

wird folgendermaßen geschildert:

Nachdem die Lage in der Kohlenkrisis Donnerstag früh als bereits hoffnungslos betrachtet worden war, trat im Laufe des Freitag infolge Vorgehen Baldwins eine neue Wendung ein. Von 10 bis 11 Uhr nachts hielt Baldwin im Arbeitsministerium Konferenzen mit den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber ab, bei denen ihm Schatzamtssekretär Churchill und Wohlfahrtsminister Betville zur Seite standen.

Die Preß Association erfährt von zuverlässiger Quelle, daß die den beiden Parteien in der Nachtsitzung vom Premierminister vorgeschlagenen Bedingungen folgendermaßen lauten:

1. **Die Unternehmer ziehen ihre Kündigungen zurück.**
2. **Die Regierung gewährt der Kohlenindustrie vorübergehenden Zuschuß.**
3. **Eine amtliche Untersuchungskommission wird eingesetzt, die weitergehende Machtbefugnisse hat, als die vorhergehende Untersuchungskommission sie hatte.**

Einem amtlichen Kommunique zufolge erklärten die Vertreter der Arbeiter dem Premierminister u. a.: Es sei nicht recht und billig, die Herabsetzung der Löhne bei den gegenwärtigen Kosten des Lebensunterhaltes zu fördern, bevor eine gründliche Untersuchung der Löhne der Industrie vorausgegangen sei. Baldwin erwiderte darauf, daß unter diesen Umständen die Regierung bereit sei, der Kohlenindustrie bis zum Frühjahr einen vorübergehenden Beistand zu gewähren, zu welchem Zeitpunkt die Untersuchung beendet sein werde. Der Premierminister ersuchte hierauf die Bergwerksbesitzer, ihre Kündigungen für zehn Wochen aufzuschieben, damit die nötigen Erörterungen stattfinden könnten über die Art und Weise, in der eine zeitweilige Unterstützung gewährt werden könne. Freitag vormittag 10 Uhr haben die Bergwerksbesitzer dem Premierminister mitgeteilt, daß sie bereit seien, die Vorschläge anzunehmen.

Der „Daily Herald" veröffentlichte bereits Anweisungen an die Gewerkschaften für den Fall eines Streiks. Danach sollte ab Mitternacht jegliche Beförderung von Kohlen zum Stillstand gebracht werden. Der Generaldirektor der großen Westbahn erließ eine Erklärung an die Angestellten der Bahn, in der im Zusammenhang mit dem Beschluß der Eisenbahner, im Falle eines Bergarbeiterstreiks, keine Kohle zu befördern, darauf hingewiesen wird, daß die Bahn gesetzlich verpflichtet sei, alle Güter, die ihr zur Beförderung übergeben werden, zu befördern. — Die Vertreter der Londoner Autobusgesellschaften nahmen in einer Konferenz einstimmig eine Entschließung an, in der den Bergarbeitern die besten Wünsche für den Erfolg ihrer Aktion ausgesprochen und ihnen volle Unterstützung zugesagt wird."

✿

Die Krise ist also vorläufig in England auf Kosten der Staatskasse überwunden. Baldwin mußte im letzten Augenblick eingreifen, da das ganze öffentliche Leben Englands vor den schwersten Erschütterungen stand. Unsere britischen Kameraden haben selbst bei dieser vorläufigen Wendung der Dinge einen vollen Erfolg zu verzeichnen. Die gesamte englische Arbeiterschaft stand zur Hilfe und Abwehr für die Bergarbeiter bereit und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch das Rückgrat der Bergarbeiterinternationale die Position der englischen Bergleute sehr gestärkt hat.

Die Krise ist noch nicht überwunden. Es handelt sich lediglich um eine Hinausschiebung der offenen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit an einer der exponiertesten Stellen des Bergbaues der ganzen Erde.

Die englischen Bergarbeiter werden sich nach diesem vorläufigen Erfolg ihres Widerstandes gegen das Streben der Unternehmer noch intensiver auf die kommende Zeit vorbereiten. Unsere Aufgabe in Deutschland muß es sein, die gemeinsame Abwehrfront aller Bergarbeiter der Welt, in Deutschland zu einem besonders starken Bollwerk auszubauen. Es ist anzunehmen, daß die deutschen Bergbauunternehmer nach dem vorläufig zurückgewiesenen Angriff ihrer englischen Kollegen mit um so größerer Wucht die Arbeitszeitpositionen und Lohnstaffeln der deutschen Bergarbeiter berennen werden. Wir müssen deshalb in Deutschland fieberhaft arbeiten, um die Organisation der deutschen Bergarbeiter zu einer unüberwindlichen Feste auszubauen.

Kameraden im deutschen Bergbau, euer Schicksal liegt in euren eigenen Händen! Ans Werk!

Die Lohnforderungen im Ruhrbergbau.

Infolge der immer weiter um sich greifenden Teuerung und des immer mehr nach abwärts gleitenden Reallohnes der Bergarbeiter sahen sich die am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterorganisationen gezwungen, die geltende Lohnordnung zum 31. August zu kündigen.

Die Höhe der Lohnforderungen soll erst bei den mündlichen Verhandlungen angegeben werden.

Das ist ein Geschäft . . .

Auswüchse des Aufsichtsratswesens.

Wenn man den Klopffechtern des Unternehmertums Glauben schenken dürfte, so sind alle Fehler der darniederliegenden deutschen Wirtschaft nur an einem Punkte zu suchen, nämlich bei den Arbeitern. Die kürzlich der Reichsregierung überreichte Denkschrift der Vereinigung der Arbeitgeberverbände hat das Problem auf eine verblüffend einfache Formel zu bringen versucht, indem sie trotz beständig steigender Warenpreise, trotz Erhöhung der Verbrauchssteuern und trotz der Hochschutzzölle die Gesundung der Wirtschaft nur durch Verzicht auf weitere Lohnerhöhungen und Einwilligung in eine Verlängerung der Arbeitszeit für möglich erklärte. Also immer wieder der bei den Unternehmern bekannte Text: Der Arbeiter ist das Karnickel!

Es hieße allzu oft Gesagtes nur wiederholen, wollte man all die Argumente aufzählen, die dagegen sprechen, daß die Krankheit der Wirtschaft sich mit jener Unternehmerweisheit beheben ließe. Aber weil die Unternehmer in letzter Zeit wieder mit Vorliebe von den „maßlosen Forderungen" und „ungerechtfertigten Ansprüchen" der Arbeiter zu sprechen pflegen, ist es doch sehr angebracht, wenn einmal den Prominentesten und Potentesten im Unternehmerlager, den Herren Aufsichtsräten, der Spiegel vors eigene Gesicht gehalten wird. Diese Arbeit braucht nicht erst von einem „übelwollenden Interessenten auf der Arbeitnehmerseite" vorgenommen werden, sondern sie liegt vor in einer kleinen interessanten Schrift: **„Von den Aufsichtsräten, ihrer Bezahlung und ihrer Besteuerung"** von Gust. Graef (J. Michael Müller Verlag, München). Diese Schrift ist aus vollem, überzeugten Herzen verfaßt, denn ihr Autor ist einer von den zahlreichen kleinen Aktionären deutscher Aktiengesellschaften, denen von den Herren Aufsichtsräten gewissermaßen das Fell über die Ohren gezogen wird. Graef führt seinen Kampf gegen das Aufsichtsratsunwesen im Interesse der kleinen Aktionäre, aber er liefert ungewollt den Arbeitern prächtiges Material gegen die Spitzen des Unternehmertums, die nicht müde werden, die angeblich katastrophale Notlage der Wirtschaftsgewaltigen zu schildern.

„Ich halte unser Aufsichtsratswesen an sich für einen großen, dem Gemeinwohl sehr schädlichen Mißstand, ich betrachte es als eine der Ursachen der bei uns in neuerer Zeit mannigfach und weitverbreitet sich zeigenden Korruption", so beginnt die erwähnte Schrift, um dann sogleich auf den Kern des Problems loszusteuern, daß nämlich die für die Kontrolle der Geschäftsführung bei Aktiengesellschaften gesetzlich bestellten Aufsichtsräte ihre Macht über die Aktionärversammlungen dazu benutzen, sich von diesen Bezüge bewilligen zu lassen, die nicht nur weit über den Wert der Leistungen hinausgehen, sondern auch direkt gegen das Gesetz verstoßen. Die Korruption im Aufsichtsratswesen beginnt damit, daß statt der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestzahl von drei Aufsichtsräten unnützerweise bedeutend mehr gewählt und daß diese Stellen mit Geschäftsfreunden oder sonst den Aufsichtsräten ergebenen Leuten besetzt werden. Vielfach wählt man auch Leute in den Aufsichtsrat, die von dem Geschäft entweder nichts verstehen, oder als Söhne von Mitgliedern in die Stellen geradezu hineingeboren werden; diese sind dann anscheinend besonders berufen, an der Spitze von Großunternehmen zu stehen. Sehr oft trifft man auch frühere Minister und andere hohe Beamte des Staates und der Großstädte in den Aufsichtsräten an, die diese Posten ebenfalls nicht einer besonderen Eignung hierfür, sondern lediglich ihren „guten Beziehungen" verdanken. Dasselbe trifft auf Parlamentarier zu. Einige bürgerliche Reichstagsabgeordnete sitzen in so vielen Aufsichtsräten, daß sie die Parlamentsarbeit offenbar nur als Nebenbeschäftigung betreiben. Kürzlich ist das neue Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte erschienen. Der 2000 Seiten dicke Wälzer berichtet u. a.:

In der Reichstagsfraktion der Demokraten haben 13 Abgeordnete 81 Aufsichtsratsposten inne (davon allein der Abg. Hermann Fischer 46!); **Volkspartei: 17 Abgeordnete mit 66 Aufsichtsratsposten; Deutschnationale: 15 Abgeordnete mit 36 Aufsichtsratsposten und Zentrum: 13 Abgeordnete mit 65 Aufsichtsratsposten.**

Von der sozialdemokratischen Fraktion haben lediglich 3 Mitglieder Aufsichtsratsposten von staatlichen oder gemein-

---

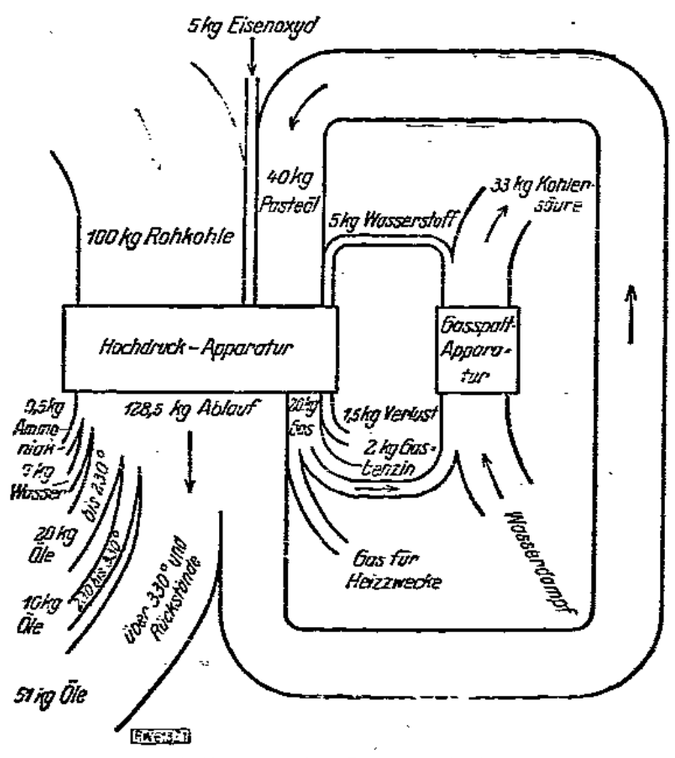
molekülle entstehen. Der Vorgang vollzieht sich unter hohem Druck, der während des Produktionsprozesses wieder in ein normales Verhältnis gebracht werden muß.

Der technische Vorgang des Verfahrens ist denkbar einfach. Die Kohle wird bis zur Grießgröße vermahlen und mit Hilfe von Teer, Kresol und Phenolfraktionen aus Teer zu einer Pastenform geknetet. Es kann hier vor allem Kohle verwandt werden, die leicht zu Feinfall neigt und keine gute Stückkohle gibt. Die pastenförmige Masse wird durch einen Hochdruck-Autoklaven gepreßt und bei 460—480 Grad Hitze und unter einem Druck von 150 Atmosphären in ständiger Bewegung gehalten. Es bildet sich dann unter Zusatz von Wasserstoff ein syrupähnlicher Stoff, in welchem einige, geringe feste Bestandteile, Asche usw. und ein hochgespanntes Gas enthalten sind. Durch Rührvorgänge wird die Wärme in der Masse gleichmäßig verteilt. Damit wird die Gefahr der Koksbildung, die durch örtliche Ueberhitzung entsteht, vermieden. Der Erfolg des ganzen Verfahrens beruht in der genau ausgeglichenen Hitzeentwicklung und Druckanwendung. Der zu verarbeitenden Masse werden etwa 5 Proz. Eisenoxyd beigemengt, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß dadurch der Einfluß des Schwefels während des ganzen Prozesses ausgeschaltet wird. Schwefel begünstigt durch seine Eigenschaften die Verkokung, die während des Verfahrens unbedingt vermieden werden muß.

Die größten technischen Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Umstand, daß Ventile geschaffen werden mußten, die es gestatten, ein solches Gemisch fester, flüssiger und gasförmiger Bestandteile von 150 auf 1 Atmosphäre ausdehnen zu lassen. Es mußten ganz neuartige Arbeits- und Kontrollvorrichtungen geschaffen werden, um jede Einzelheit des Prozesses verfolgen, prüfen und regeln zu können. Die ganze Anlage ist sehr großzügig und gut durchdacht aufgebaut. Um möglichst genaue Temperaturen und immer gleichen Druck zu erzeugen, sind die Reaktionsgefäße, von denen drei im Dauerbetrieb stehen, doppelwandig hergestellt. Den doppelwandigen Mantel durchströmt inertes, d. h. untätiges, träges, nur zu diesem Zweck angewandtes Gas, wodurch nicht nur eine gute Wärmeübertragung, sondern auch eine hohe Betriebssicherheit gewährleistet wird. Die Versuche selbst sind auf die mindeste Gefahrengrenze herabgedrückt. Alle Apparate laufen selbsttätig und können von einer gesicherten, zentralen Stelle aus genau beobachtet und bedient werden. Gefahren könnten sich unter Umständen deshalb ergeben, weil bei dem ganzen Produktionsvorgang der Natur nachgeeifert wird, wobei infolge der chemischen Verbindungen von Kohlenstoffmolekülen und Wasserstoff Gasgemische entstehen können, die sich bei irgend einer Fehlmaßnahme während der Versuche zu explosiblen Formen entwickeln würden.

Die Versuchsanlage in Rheinau kann mit ihren drei im Dauerbetrieb stehenden und einem Ersatz-Autoklaven nun je 800 Millimeter lichten Durchmesser und 8 Meter Länge einen Durchsatz von etwa 20 000 To. Steinkohle im Jahre erzielen.

Die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens ist nach dem heutigen Stand im großindustriellen Betrieb schon völlig gewährleistet. Um 1 Tonne raffiniertes Oel im Verkaufswert von 150—200 Mk. herzustellen, sind 2 To. Steinkohle in beliebiger, vorzugsweise minderwertiger Sortierung zum Preise von 12 Mark je Tonne und 1 Tonne Steinkohle zur Erzeugung von Betriebskraft und Wärme notwendig. Der erforderliche Wasserstoff wird durch Spaltung des bei dem Verfahren erhaltenen



Arbeitsweise des Bergius-Verfahrens.

Gasbestandes während des Prozesses selbst gewonnen. Bei einer Anlage mit etwa 2000 To. Jahresdurchsatz an Kohle sind an Selbstkosten 25 Mk. Abschreibung für die Tonne Oel bei hoher Tilgung und 50 Mk. für Kraferzeugung, Heizung, Löhne, Reparaturen und allgemeinen Betriebsausgaben einzusetzen. Es ergibt sich also eine so hohe Gewinnspanne, daß die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens auf jeden Fall gesichert ist.

Die Produktionsergebnisse sind je nach Beschaffenheit der verwendeten Kohlen verschieden. Es ergaben z. B. 1000 Kg. trockene Ruhrkohle mit 50 Kg. Wasserstoff und 50 Kg. Eisenoxyd als Produktionsergebnis nach dem Prozeß 445 Kg. Oel, 210 Kg. Gas, 75 Kg. chemisch gebildeten Wasserdampf, 5 Kg. Ammoniak, 350 Kg. Oel- und Kohlenstoffgemisch sowie 15 Kg. Verlust. Aus den 350 Kg. Oel- und Kohlenstoffgemischrückständen lassen sich noch gewinnen 240 Kg. Koks und Asche, 25 Kg. Gas, 5 Kg. Verlust und 80 Kg. Oel, so daß insgesamt von den 1000 Kg. Ruhrkohle 50 Kg. Wasserstoff und 50 Kg. Eisenoxyd 525 Kg. Oel gewonnen werden. Dieses Oel setzt sich zusammen aus 150 Kg. neutralem raffiniertem Motorbetriebsstoff bis zu einem Siedepunkt von 230 Grad, 200 Kg. Diesel- und Imprägnieröl, 60 Kg. hochwertigem Schmieröl, 80 Kg. Heizöl und 35 Kg. Destillations- und Raffinationsverlusten. Der benötigte Wasserstoff wird bei dem Verfahren selbst gewonnen. Im Großbetrieb werden also z. B. aus der Ruhrsteinkohle 44 bis 55 Prozent Oele hergestellt.

Das inmitten dieses Aufsatzes veröffentlichte Schaubild wurde uns freundlicherweise von dem Verlag des „Archiv für Wärmewirtschaft", der Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure zur Verfügung gestellt. Dieses Bild gibt eine gute Uebersicht über den gesamten Arbeitsvorgang. Es zeigt, wie zuerst die Rohstoffe, Rohkohle, Eisenoxyd und Wasserstoff, dazu aus dem Prozeß selbstgewonnenes Pasteöl zur besseren Lösbarkeit der Masse, in die Autoklaven (Hochdruckapparatur) gedrückt werden und wie dieselben dann in verschiedene Bestandteile gespalten als Oel, Gas und Rückstände wiedererscheinen. In den Gasspaltapparaten (Gasspaltapparatur) wird unter erneutem Zusatz von Wasserdampf der zu den angewandten Rohstoffen gehörende Wasserstoff (5 Kg.) gewonnen. Dabei wird noch Kohlensäure (35 Kg.) erzeugt, die in irgend einer Form weitere Verwendung finden kann.

Das Bergius-Verfahren eröffnet ganz neue Möglichkeiten für die deutsche Bergbauwirtschaft. Was das Hirn des Forschers und Erfinders ersinnt, soll als Produkt suchenden und grübelnden Menschengeistes der ganzen Menschheit Segen bringen. Die Arbeit des Wissenschafters muß deshalb durch Maßnahmen sozialer Art innerhalb der Gesellschaft so ergänzt werden, daß sich der Fortschritt nicht in Krisenerscheinungen mit Zehntausenden von Arbeitslosen mit Hunger und Elend auswirken kann. Die heutigen Zustände unsagbarer sozialer Not trotz oder gerade wegen des Fortschrittes auf dem Gebiete der Wärme- und Kraferzeugung zeigen mit aller Deutlichkeit, daß innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaft die Harmonie zwischen Fortschritt und sozialem Aufstieg nicht gefunden werden kann. Diese Harmonie innerhalb der Gesellschaft zu schaffen, ist die große, weltgeschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse.

Von dieser Erkenntnis ausgehend, begrüßen wir den technischen Fortschritt wie den sozialen Aufstieg. Der Arbeiter im Kohlenbergwerk arbeitet im gleichen Sinne wie der geistige Arbeiter im Laboratorium zu Rheinau am Fortschritt der Menschheit. Die Kameraden aus dem schwarzen Kohlenlande rufen deshalb ihrem Kameraden im Laboratorium zu Rheinau ein herzlichen „Glückauf!" zu.

—e.

nützigen Gesellschaften inne. — Nun aber zur Hauptsache: der

Bezahlung der Aufsichtsratsposten.

Graef erhebt gegen die Aufsichtsräte die Anklage: sie „verschaffen sich und ihrem Anhange auf Kosten der Gesellschaften sehr hohe und wenig mühevolle Einkommen und sich gleichzeitig und gegenseitig den Besitz der einträglichen Stellen." Sehr beschwerlich scheint in der Tat das Amt eines Aufsichtsrats nicht zu sein, denn wie könnte sonst ein Einzelner zwei Dutzend und mehr solcher Aemter übernehmen? Die theoretisch vorhandene Verantwortlichkeit eines Aufsichtsrats ist praktisch sehr geringfügig, da der Geschäftsgang einer Aktiengesellschaft von dem Vorstand, den Direktoren, geleitet wird. Höchstens drei bis vier Aufsichtsräte einer Gesellschaft kommen wirklich für eine — wenn auch nur höchstens minimale — Tätigkeit in Frage; für die übrigen Mitglieder der Aufsichtsräte prägt Graef das Wort „Schmarotzer", die **„auf Kosten der Allgemeinheit ein sorgenfreies und üppiges Leben führen und mit den Tantiemen Vermögen anhäufen"**. Ihre durch das Gesetz erlangte Macht über die Generalversammlungen benutzen die Aufsichtsräte, um sich hohe Gewinnanteile und feste Jahresbezüge bewilligen zu lassen. Diese Bezüge sind oft so hoch, daß Graef sie als „wucherische Ausbeutung der Aktiengesellschaften" bezeichnet. Graef teilt in seiner Schrift mit, daß er Aktionär der Aktienbrauerei „Zum Löwenbräu" in München ist und daß er als solcher einen harten, aber vergeblichen Kampf gegen die hohen Bezüge der Aufsichtsräte der genannten Gesellschaft geführt habe. Er schreibt, daß der Aufsichtsrat dieses Unternehmens im Geschäftsjahr 1923/24 der Gesellschaft insgesamt 214 128 Goldmark gekostet hat, wovon allein der Aufsichtsratsvorsitzende 21 082 GM. erhielt. Wenn es beim Münchener Löwenbräu wieder zu der Friedensdividende von 20 Prozent komme — und das sei bald zu erwarten —, so würden sich die Bezüge des Aufsichtsrats beim Löwenbräu auf mehr als eine halbe Million Goldmark erhöhen; diese Summe ist gleich 4,8 Prozent des ganzen Aktienkapitals! — Dieses Beispiel ist nicht etwa ein Einzelvorkommnis, sondern findet bei zahllosen anderen Aktiengesellschaften sein Gegenstück. Da kann man es wirklich verstehen, wenn bei vielen Größen des deutschen Unternehmertums der Drang zu Aufsichtsratsposten so stark ist, daß sie deren gleich mehrere zu erlangen suchen. Hier ist das Problem: „Wie komme ich schnell und mühelos zu Reichtum?" auf überraschend simple Weise gelöst.

Damit ist das Kapitel über die Bezahlung der Aufsichtsräte aber keineswegs erschöpft. Selbst dem vornovemberlichen Klassenstaat sind die Bezüge der Aufsichtsräte unnatürlich hoch erschienen. Ein Reichsgesetz vom 3. Juni 1906 belegte darum die Aufsichtsratsbezüge mit einer Sonderbesteuerung von 8 Prozent. Da inzwischen die Aufsichtsratsbezüge ständig zugenommen haben, wurden sie ab 8. April 1922 mit 20 Prozent versteuert. Man sollte meinen, daß diese Steuer auf spielend leicht erworbene Einkünfte von den Aufsichtsräten am wenigsten drückend empfunden würde. Weit gefehlt! Sie kamen auf die Idee, die Steuer zum Anlaß zu nehmen, sich von den Generalversammlungen Erhöhungen der Tantiemen und Jahresbezüge bewilligen zu lassen, so daß sie nicht nur in erhöhtem Maße die Kassen der Aktiengesellschaften schröpften, sondern sich praktisch von diesen ihre Steuern bezahlen ließen, die einzig und allein von den Aufsichtsräten persönlich getragen werden sollten. Was kümmert es die Aufsichtsräte, daß solche Steuerabwälzung geradezu eine Gesetzwidrigkeit ist, da es nie zu den Aufgaben einer Aktiengesellschaft gehören kann, aus der Gesellschaftskasse private Steuern ihrer Aufsichtsräte zu bezahlen!

Die Aktienbrauerei „Zum Löwenbräu" hat allein im Geschäftsjahr 1923/24 für ihre 20 Aufsichtsratsmitglieder mehr als 50 000 Goldmark Steuern bezahlen müssen.

„Unverfrorenheit und grober Unfug" nennt Graef diese Dinge, die tatsächlich nichts anderes sind als „eine öffentliche Verhöhnung des Willens des Gesetzgebers".

Die Wortführer des Unternehmertums werden nicht müde, der Arbeiterschaft zu versichern, wie anstrengend und verantwortungsvoll die Tätigkeit des „Wirtschaftskapitäns" ist. Man hat sogar von „genialen Lenkern der Volkswirtschaft" gesprochen, um die Rolle des Großunternehmers recht gewichtig erscheinen zu lassen. Nachdem man aber einen Blick hinter die Kulissen des Aufsichtsratswesens getan hat, wird es kaum noch einen Arbeiter geben, der in den Prominenten der deutschen Wirtschaft das „Genie" erblickt. Aber die Gewißheit und Ueberzeugung darf jeder Arbeiter aus diesen Dingen nehmen: daß sein Kampf um seine nackte Existenz ein doppelt und dreifach gerechter ist!

Bedenkliche Zahlen.

Steuern und Außenhandel im Monat Juni.

Die für den Monat Juni veröffentlichten Ausweise über den deutschen Außenhandel ergeben eine weitere Verschlechterung unserer Außenhandelsbilanz, d. h. die für einen Industriestaat mit wachsender Bevölkerung, wie es Deutschland eben ist, lebenswichtige Warenausfuhr verringert sich weiter. Vorausgesetzt, daß die vom reichsstatistischen Amt gemachten Angaben richtig sind, woran vielerseits gezweifelt wird, blieb die reine Warenausfuhr im Juni um 23 Millionen Reichsmark gegen 26 Millionen im Monat Mai hinter der Wareneinfuhr zurück. Für das erste Halbjahr 1925 ergibt sich in der Außenhandelsbilanz ein Gesamtdefizit von rund 2704 Millionen Reichsmark. Das bedeutet in erster Linie eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Das Bild für die wirtschaftliche Entwickelung in Deutschland ist aber erst dann vollständig, wenn neben der Warenausfuhr der Warenverbrauch im Inlande selbst berücksichtigt wird. Geht man von dem steuerpflichtigen Warenumsatz in Deutschland aus, so kann man mit einiger Wahrscheinlichkeit schätzen, daß der Warenumsatz sich in den letzten Monaten auf durchschnittlich 8 Milliarden gegen 13,5 Milliarden im Januar 1925 und rund 10 Milliarden im Oktober 1924 vermindert hat. Der Arbeitsmarkt wird also von der Seite des Warenverbrauchs im Inlande selbst und des Warenexports in geradezu unheilvoller Weise eingeschnürt.

Das ist kein Zufall. Nehmen wir einmal die Ausweise des Reichsfinanzministers über die Entwickelung des Steuereinkommens für den Monat Juni 1925 zur Hand. Die Gesamteinnahmen aus Steuern und Zöllen stellen sich im genannten Monat auf 561 Millionen Reichsmark. Im Etat sind dagegen für den Monatsdurchschnitt 1925-26 nur rund 440 Millionen Reichsmark vorgesehen. Es ergibt sich nach dieser Gegenüberstellung, die noch auf den alten Etatsansätzen beruht, ein Mehrertrag von 120 Millionen Reichsmark allein für den Monat Juni. Dieser Mehrertrag kommt in der Praxis einer Zwangsanleihe des Staates gleich. Diese Zwangsanleihe wird aber nicht vom Besitz und dem großen Einkommen aufgebracht, sondern von der Masse der Verbraucher, von den Arbeitern, den Beamten und Angestellten, also den Aermsten der Armen, die dem Ansturm zunehmender Teuerung kaum noch gewachsen sind. Die Folge dieser miserablen Steuerpolitik sind, daß sich

1. der Warenverbrauch im Lande vermindert,
2. die Lebenshaltung und die Gestehungskosten verteuern,
3. Warenausfuhr und Arbeitsmarkt verschlechtern.

Folgende kleine Zusammenstellung dürfte sehr lehrreich sein. Es verteuerten sich in Deutschland (1913 = 100):

	Preise für Konsumgüter	Preise für Produktionsmittel	Preise für Fertigware
1925 Januar	147,4	139,5	150
„ Februar	148,7	142,2	145,9
„ März	150,5	143,7	147,4
„ April	150,6	145,1	148,1

Die wahnsinnige Steigerung der produktionshemmenden Steuern überträgt sich also, wie die amtlichen Zahlen beweisen, auf die Preise der Produktionsmittel und dann in schneller Entwicklung und viel schärfer ausgeprägt auf die deutsche Fertigware, den wichtigsten Teil des deutschen Exports, der dann natürlich für das Ausland zu teuer wird und nicht mehr ausgeführt werden kann. So ist der Niedergang der deutschen Exportziffer eine Preisfrage, zu guter Letzt aber eine Frage der üblichen schlechten Steuerpolitik. Wir geben eine Uebersicht über diese Zusammenhänge, indem wir die tatsächliche und die vorgesehene Belastung der breiten Schichten durch Steuern und Zölle überhaupt, insbesondere aber durch die Umsatzsteuern, Verbrauchssteuern und den Lohnabzug für die Jahre 1924-25, die Verschlechterung des Arbeitsmarktes und die Abnahme unserer Warenausfuhr, dem Stand von 1913 gegenüberstellen. Dabei bezieht sich die von uns angegebene Arbeitslosenziffer für 1913 und die für 1925 angegebene Ziffer auf die ersten fünf Monate des Jahres 1925, während die Ausfuhrziffern das Kalenderjahr (1. Januar bis 31. Dezember) und die Angaben über die Steuererträgnisse das Steuerjahr (1. April bis 31. März) umfassen. Es ergibt sich in Millionen Reichsmark bezw. je 100 Mitglieder der Fachverbände nach unseren Zusammenstellungen folgendes:

	1913	1924	Voranschlag 1925	Monatsdurchschnitt 1925
Arbeitslose	2,9	—	—	5,8
Warenausfuhr	849,9	545,6	—	644,2
Steuern u. Zölle	164	609,3	436,4	609
Umsatzsteuern	1,52	159,5	120	133
Lohnsteuer	—	111	100	131
Verbrauchsst. usw.	55	100	78	113

Die angegebenen Zahlen beziehen sich immer auf den Monatsdurchschnitt und ermöglichen so eine Vergleichung mit der tatsächlichen Entwickelung und der vorgesehenen Belastung. Von Interesse ist, daß die tatsächliche Belastung immer viel höher als der Voranschlag, die vorgesehene Belastung ist. Der Erfolg dieser Ueberspannung zeigt sich dann in der sinkenden Warenausfuhr und der steigenden Arbeitslosigkeit. Das sind so bedenkliche Zahlen, daß eine Abkehr von einer Wirtschaftspolitik, die sich durchaus wirtschaftsfeindlich und produktionshemmend äußert, unbedingt geboten ist.

Scharfmacherische Jongleurkunststücke mit Produktionsziffern.

Ebensowenig wie die Katze das Mausen, kann Herr Dr. Jüngst vom Zechenverband das Schwindeln lassen. Dem Befehl seiner Auftraggeber, die Oeffentlichkeit in ihrem Sinne zwecks Einführung der Vorkriegsarbeitszeit im Ruhrbergbau zu beeinflussen, kommt er gewissenhaft nach. Davon zeugen die mehr oder weniger tendenziös gefärbten Artikel, mit denen er in letzter Zeit mit Hilfe der bürgerlichen Zeitungen die Oeffentlichkeit bombardiert. In der Hitze des Gefechts und in dem Bestreben, seinen Auftraggebern zu gefallen, unterlaufen dem „großen Statistiker Jüngst" große Irrtümer. Ob bewußt oder unbewußt, mag dahingestellt bleiben. Im Interesse der Bergarbeiter, die von ihm indirekt der Faulheit bezichtigt werden, und zur Steuer der Wahrheit ist es jedoch notwendig, Herrn Dr. Jüngst zu berichtigen und zu ergänzen.

In Nr. 169 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" vom 22. Juli d. J. wird das Produktionsergebnis des deutschen Bergbaues im Juni 1925 veröffentlicht. Zusammengestellt wird dieser Bericht durch den Zechenverband unter Assistenz von Herrn Jüngst. Nachdem die Förderziffern für Juni 1925, verglichen mit April und Mai desselben Jahres, aufgezählt werden, fährt der Bericht fort: „Während vor dem Krieg vierteljährlich 380 000 bis 390 000 To. gefördert wurden, ging ...."

Hier passiert Herrn Jüngst das erste Mißgeschick. Wenn er von vor dem Kriege spricht, so kommt als Vergleich nur das Jahr 1913 in Frage. (Nebenbei gesagt, ist ein Vergleich mit 1913 für den Unternehmer nur von Vorteil, da es ein Hochkonjunkturjahr erster Ordnung war, dessen Produktionsergebnis so leicht nicht wieder zu erreichen ist.) Im Jahre 1913 betrug aber im Durchschnitt die Tagesproduktion 379 800 To., so daß zwischen der tatsächlichen Förderung und den Angaben des Herrn Jüngst nur die „kleine" Differenz von 10 000 To. pro Tag zu verzeichnen ist.

Aber es kommt noch besser! Der Artikel fährt weiter fort:

„Während der Rückgang in den letzten Monaten lediglich als eine Folge des Absatzmangels anzusehen ist, ist im übrigen der erhebliche Unterschied in der Förderung hauptsächlich auf die Veränderungen in der Schichtzeit zurückzuführen. (Bis November 1918 betrug die Arbeitszeit im Ruhrbergbau unter Tage 8½ Stunden und wurde dann auf 7 Stunden verkürzt; im Dezember 1923 gelangte die achtstündige Arbeitszeit [einschließlich Ein- und Ausfahrt] wieder zur Durchführung, die auch heute noch besteht.)"

Mit diesen Ausführungen möchte Dr. Jüngst beweisen, daß nur die verkürzte Schichtzeit die Schuld an dem Produktionsrückgang trägt. Auch Herr Jüngst müßte wissen, daß die Höhe der Tages- oder Monatsproduktion im Ruhrbergbau weniger abhängig ist von der Zahl der angelegten Arbeiter und der Arbeitstage, sondern von der Zahl der verfahrenen Schichten, oder kurz gesagt: der Vollarbeiter. In der Nachweisung des Oberbergamts Dortmund für das 1. Vierteljahr 1925 werden z. B. 470 296 angelegte Arbeiter aufgeführt, während für dieselbe Zeit die Zahl der Vollarbeiter 408 552 oder rund 62 000 weniger beträgt. Entscheidend bei der Produktions- und Rentabilitätsfrage ist aber das Leistungsergebnis pro Mann und Schicht. Laut Jahresbericht der A.-G. Reichskohlenverband für das Geschäftsjahr 1924-25 ergibt sich folgendes Bild:

Jahresdurchschn.	Schichtdauer Std.	Förderanteil je Schicht und Kopf der (in Klg) Gesamtbelegsch.	Arbeiter Tage	Hauer
1913	8½	934	1161	—
1921	7	626	808	1563
1922	7	633	814	1590
1924	8	850	1081	1903
1925 1. Qu.	8	902	1123	2036

Der Förderanteil pro Mann und Schicht im 1. Quartal 1925 mit 902 Kg. hat also nach dieser Tabelle den Vorkriegsstand mit 934 Kg. fast erreicht, trotzdem die Schichtzeit um eine halbe Stunde verkürzt wurde. Er hätte ihn längst überschritten, wenn durch die Hunderttausende von Feierschichten, die in der Berichtszeit eingelegt werden mußten, das Endergebnis nicht ungünstig beeinflußt worden wäre. Wenn einzelne Schachtanlagen bis zu acht Schichten im Monat feiern müssen, so fallen wohl die Schichten der produktiven Kohlenhauer aus, während die Uebertagebelegschaft (Maschinenpersonal usw.) und auch große Teile der unter Tage beschäftigten Reparaturhauer auch an diesen Tagen arbeiten. Da aber an diesen Tagen die Kohlenförderung ruht, so wird dadurch das Förderergebnis ungünstig beeinflußt.

Daß aber auch die Angaben des Zechenverbandes äußerst vorsichtig aufgenommen werden müssen, geht aus der Jahresstatistik der staatlichen Schachtanlagen im Ruhrgebiet hervor. Danach betrug der Förderanteil dieser Schachtanlagen pro Mann und Schicht im Jahre 1924 949 Kg. gegenüber 860 Kg. der Gesamtbelegschaft des Ruhrgebiets in demselben Jahre und 931 Kg. im Jahre 1913.

Der Förderanteil des Ruhrgebiets der Jahre 1913 und 1924 ist also auf den staatlichen Schachtanlagen im Jahre 1924 weit überschritten worden, trotzdem die Aussperrung im Mai das Bild ungünstig beeinflußt hat. Dabei muß betont werden, daß die staatlichen Schachtanlagen zu den schlechtesten Zechen des Ruhrgebiets gehören, da sie von den privaten Vorbesitzern als unrentabel abgestoßen wurden. Und trotzdem ein derartiges Ergebnis!

Bei den Arbeitszeitverhandlungen der letzten Jahre wurde die verkürzte Schichtzeit als Ursache der Krise hingestellt. „Stimmt einer verlängerten Arbeitszeit zu und die Krise im Bergbau wird sich in ihr direktes Gegenteil verkehren!" So oder ähnlich war es in jeder bürgerlichen Zeitung zu lesen. Die längere Arbeitszeit wurde gegen den Willen der Arbeitervertreter eingeführt, aber die Krise verschärfte sich von Tag zu Tag. Es bestand nur der kleine Unterschied, daß aus der Produktionskrise sich die Absatzkrise, unter der wir heute leiden, entwickelte. Und trotzdem will auch in der jetzigen Zeit des Kohlenüberschusses das Geschrei nach längerer Arbeitszeit nicht verstummen. Man sieht scheinbar in der längeren Arbeitszeit ein Universalmittel, das gegen wirtschaftliche Erkrankung hilft. Die Befürworter der Verlängerung der Arbeitszeit vergessen aber stets, zu sagen, was mit den dadurch mehr geförderten Kohlen oder mit den im Anschluß an die Mehrförderung arbeitslos gewordenen Bergarbeitern gemacht werden soll. Deren Versorgung überläßt man großmütig dem Staat, dem man aber auf der anderen Seite die Steuern verweigert. Bei dem Raffen nach Mehrwert geht der Kapitalist über Leichen, getreu seinem Wahlspruch: Die Dividende steht, wenn der Mann auch fällt!

F. R.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Das Eisenproblem.

Die englische Regierung hat über die Veränderungen in der Eisen- und Stahlproduktion Deutschlands, Englands und der Vereinigten Staaten recht interessante Feststellungen veröffentlicht. Danach hat sich die Produktion, in Tonnen und auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, wie folgt verschoben:

	1904-08	1909-13	1920-24	1921
	(in Tonnen pro 1000 Einwohner)			
Großbritannien: Roheisen	244,6	235,8	141,1	167,8
Stahl	149,5	162,7	164,5	188,1
Deutschland: Roheisen	185,6	240,5	115,2	123,3
Stahl	171,1	231	143	135,7
Vereinigte Staaten: Roheisen	248,2	393,5	278,7	277,6
Stahl	220,6	291	329,2	333,1

In England hat die Stahlproduktion sich gesteigert, während die Roheisenerzeugung zurückgegangen ist. Amerika weist durchweg eine Erhöhung der Produktionsmengen auf. Dagegen ist in Deutschland eine allgemeine Abnahme zu verzeichnen. Für das Jahr 1924 läßt sich eine Erhöhung der Roheisenmengen feststellen. Ihr steht eine Senkung der Stahlmengen gegenüber.

Weltzinnproduktion.

Die Weltproduktion an Zinn betrug für das Jahr 1924 135 600 long tons. Davon entfielen auf die Vereinigten malaiischen Staaten 44 000 lt., auf Nigerien 6200, auf Australien 2500, Großbritannien 2000, auf die südafrikanische Union 1200, auf Holl.-Indien 62 000, auf Bolivien 29 450, auf Siam 7500 und auf China 7000 lt.

Rußlands Kohlen- und Metallbergbau.

kommt nur sehr langsam vorwärts. Die Kohlenförderung betrug 1913 in den jetzigen Grenzen Rußlands 28,99 Mill. To., 1923: 11,95 Mill. To. und 1924: 14,58 Mill. To. Die Zunahme entfällt auf das Donezgebiet mit 3,1 Mill. To. Dies Gebiet lieferte 1913: 70,59 Prozent der russischen Gesamtproduktion, 1923: 69,72 Proz. und 1924: 78,41 Prozent.

Bei 160 000 Arbeitern betrug 1913 die Produktion 35 Mill. To. (einschließlich des später an Polen abgetretenen Dombrowagebiets), 1924 mit 159 234 Arbeitern 14,5 Millionen. Auf die Gesamtbelegschaft berechnet, entfielen im Donezgebiet 1913: 149,4 To. auf den Kopf, 1920: 42,8 To., 1924: 86,6 To.

Ueber die Koksproduktion gibt es amtliche Zahlen nur für das Donezgebiet. Dort wurden produziert 1914: 4,3 Mill. To., 1919: 49 140 To., seit 1921 (104 025) ist die Produktion auf 462 000 Tonnen, stark 1 Zehntel der Friedensproduktion in 1924 gestiegen.

Die Kohlen- und Metallerzindustrie Rußlands arbeiten noch immer mit Verlust. Zuschüsse und Kredite des Staates betrugen bis 1924 rund 400 Millionen Tschernowonezrubeel, für 1921 an den Kohlenbergbau allein rund 75 Mill. Rubel. Pro Kopf berechnet, stieg auch i nden ersten Monaten 1925 die Förderung je Mann, während die Löhne ständig sanken.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Die Reichsbank am Halbjahresschluß.

Bekanntlich zeigen die Wochenübersichten der Reichsbank zum Monatsschluß immer eine gewisse Anspannung. Dies tritt besonders am Quartalswechsel in Erscheinung. Der Zahlungsmittelumlauf betrug am 30. Juni einschließlich der Scheidemünzen und der Privatkonten (Bayern, Sachsen, Württemberg) rund 4790 Millionen Mark. Ultimo Mai betrug der Zahlungsmittelumlauf 4786 Millionen Mark. Die gesamten Ausleihungen stellten sich am 30. Juni auf 1737 Millionen Mark. Die Deckung der Noten durch Gold und Devisen betrug am 30. Juni 57,2 v. H. und die Deckung durch Gold allein 42,9 v. H. Der Goldbestand betrug am Halbjahresschluß 1 061 717 Mk.

Steigerung der Baukosten.

Der Index der Baustoffpreise und Baukosten unterlag nach amtlichen Berechnungen folgender Entwicklung:

Rohbaustoffe	Mai 1925:	150,9	Juni 1925:	153
Bauhölzer		142,7		143,9
Ausbaustoffe		171		172,6
Baustoffe		152		153,8
Baukosten		162,4		164,6

In den letzten Tagen gingen wieder mal Meldungen durch die bürgerliche Presse, wonach durch die höheren Bauarbeiterlöhne eine Stockung des Geschäftsganges im Baugewerbe eingetreten sei. Nun hat man von einer Erhöhung der Bauarbeiterlöhne im Juni kaum etwas gehört; dagegen zeigt die Entwickelung der

Aus dem Kreise der Kameraden.

Bergarbeiterschutz u. Kompetenzbedenken.

Geht die Nachricht in die Lande, daß sich abermals eine Grubenkatastrophe ereignete und so und so viel Bergarbeiter bei der Arbeit ihr Leben lassen mußten, dann werden Beileidsäußerungen laut. Soweit eine Beileidsäußerung dem tieferen Empfinden entspringt, wirkt sie wohltuend, sonst abstoßend. Die Sozialdemokratische Partei hat in der Erkenntnis, das Vorbeugungsmaßnahmen wertvoller sind als mehr oder minder echtes Mitleid, im Reichstage einen Antrag eingebracht, der die Bewilligung von einer Million Mark zur Unterstützung bestehender oder neu zu schaffender Einrichtungen zur Untersuchung und Verhütung der Unfallgefahr im Bergbau verlangt.

Der Antrag war nicht blindlings gestellt; keinesfalls als Agitationsantrag, wie Herr Leopold im Haushaltsausschuß des Reichstages zu behaupten wagte. Nein, von dem Bestreben ausgehend, nicht an Geldmitteln den dringenden Schutz der Bergarbeiter hintanzuhalten.

Die Versuchsstrecke in Derne genügt nicht allen Anforderungen. Insbesondere ist die Erforschung der Wirkung der sogenannten Knappschüsse nicht möglich. Ein Knappschuß hat bekanntlich die Katastrophe auf Minister Stein eingeleitet, wobei 136 Bergarbeiter ihr Leben einbüßten. Der Leiter der Derner Versuchsstrecke hat den Versuch eines stillgelegten Bergwerks für erforderlich bezeichnet, dabei aber auch die Geldkalamität, in der sich der Ruhrbergbau befindet, hervorgehoben. Aus diesen Darstellungen heraus erwuchs der Gedanke, vom Reiche aus Geldmittel für die bessere Erforschung der Explosionsgefahren einzufordern.

Nach den Beileidskundgebungen hatten es sich die Antragsteller nicht träumen lassen, welcher Widerstand gegen die Bewilligung der einen Million entstehen könnte. Das Beschämendste bei der Beratung des Antrages im Haushaltsausschuß am 27. Juli war, daß ausgerechnet der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Antrag für verfrüht ansah und für Ablehnung plädierte. Mangels eines Reichsberggesetzes stände den Ländern die Aufgabe zu, für Einrichtungen, die die Unfallverhütung bezwecken, einzutreten. Unser Kamerad Janschek bekämpfte heftig dieses antisoziale Verhalten eines Sozialministeriums. Er stellte die Frage, ob denn wegen der Kompetenzbedenken etwa weitere Massenopfer eintreten sollen. Wenn ein Reichsberggesetz noch nicht da sei, so läge die Schuld an dem Reichsarbeitsministerium, denn nach der vor sechs Jahren angenommenen Verfassung sei das Bergrecht reichsgesetzlich zu regeln. Ein Ministerwechsel, der eine Erschwerung mit sich bringen kann, habe seit Jahren im Reichsarbeitsministerium nicht stattgefunden.

Der Vertreter des Grubensicherheitsamtes im preußischen Handelsministerium unterstützte die Ausführungen des Reichsarbeitsministeriums, hervorhebend, daß im preußischen Haushalt laufend 100 000 Mark für gedachten Zweck eingestellt werden sollen.

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, ja selbst des Zentrums sprachen sich gegen den Antrag aus. Ganz zu schweigen von den Ausführungen des „Kameraden Leopold" von der Deutschnationalen Volkspartei, der der Ansicht war, daß mit einer Million ohnehin nicht viel zu schaffen sei. Unser Kamerad wunderte sich über die Bescheidenheit der Unternehmervertreter, die trotz fortgesetzter Klage über Geldmangel auf einmal kein Geld annehmen wollten, und stellte die Frage, ob man im Augenblick der Meldung einer Grubenkatastrophe nicht die Fäden der Kompetenzbedenken einfach zerreißen und die eine Million bewilligen würde. Es schien sich zu bewahrheiten, daß die Arbeiter recht haben, wenn sie behaupten, man habe für die Bergarbeiter nur leere Worte übrig. Diese Ausführungen, ergänzt von weiteren Sozialdemokraten und auch einem Demokraten, brachten es zuwege, daß der Antrag gegen die Stimmen der Deutschnationalen Volkspartei angenommen wurde.

Nationale Unternehmerpraktiken.

Niemand hat ein liebevolleres Herz für die deutsche Arbeiterschaft, als der „deutsche" Unternehmer. Das ist in allen Unternehmerzeitungen zu lesen. Ganz besonders in Zeiten wirtschaftlicher Not kann man diese Entdeckung machen. Ja, ja — die glücklichen Arbeiter und die armen Unternehmer!

Die thüringischen Kaliindustriellen haben z. B. aus reiner Menschenliebe versucht, ausländische Arbeiter für ihre Betriebe zu gewinnen. Sogar das dortige Landesamt für Arbeitsvermittelung wurde vor diesen Karren gespannt. Es war schon alles vorbereitet, die italienischen Brüder zu empfangen und in Massenquartieren unterzubringen. Daß den Unternehmern dieses Stückchen nicht gelungen ist, ist wahrhaftig nicht ihre Schuld. Es war alles bereits so schön im Lot, nur als ihnen genügend Bergarbeiter von der Ruhr angeboten wurden, da hatten sie keine Arbeiter mehr notwendig.

Etwas ähnliches versuchen jetzt auch die Bauunternehmer in die Wege zu leiten. Vor einiger Zeit konnte man noch lesen, daß infolge der „unverschämt" hohen Bauarbeiterlöhne die meisten Bauaufträge zurückgestellt seien. Es wurde der Oeffentlichkeit vorgerechnet, daß die Löhne der baugewerblichen Arbeiter gegenüber der Friedenszeit gestiegen seien: bei den Facharbeitern um 54,6 Proz., bei den Bauhilfsarbeitern um 65,9 Proz., bei den Tiefbauarbeitern um 76,5 Proz., während der Lebenshaltungsindex „nur" eine Erhöhung von 39 Proz. zeige. Diese Verstöße gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung können natürlich nicht geduldet werden. Darum ist es nach dem Unternehmerprogramm notwendig, den zunehmenden Facharbeitermangel zu beheben, indem man ausländische Facharbeiter heranzieht. Und das zu einer Zeit, wo Hunderttausende von deutschen Arbeitern erwerbslos auf der Straße liegen!

Nichts kennzeichnet das leere Gerede von der Not- und Volksgemeinschaft mehr als dieses Verhalten der Unternehmer. Solange sich der Arbeiter als Duckmäuser alles gefallen läßt, ist er ein brauchbarer Staatsbürger, ein guter Kerl. Wie die Faust aufs Auge paßt nun zu obigen Ausführungen der Sermon eines Dr. Wetzmann in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" vom 19. Juli. Dieser Herr fragt in seinem Artikel zum Schluß:

„Wer hat mehr ein Herz für die Arbeiter? Wer fühlt mehr ihr Elend und ihre Not, als die Männer, die ihnen Arbeit verschaffen, so gut sie es können? Die Leute, die so etwas schreiben und so die Arbeiter aufhetzen, fühlen und kennen diese Not sicherlich nicht so gut, wie die führenden Männer der Arbeit, sagen wir — die Arbeitgeber."

Kommentar überflüssig!

Die Negation des Sozialen durch die Unternehmer.

Von allgemeinen sozialen Gesichtspunkten haben sich wahrscheinlich in den vergangenen Jahren auch die christlichen Gewerkschaften leiten lassen, indem sie sich stets für die Einführung und Erhöhung der sozialen Zulagen, wie Hausstands-, Kindergeld usw. einsetzten. Nicht minder setzten sich die Unternehmer dafür ein. Auch die Schlichtungsstellen bis zur höchsten Instanz haben uns oftmals derartige Zulagen „aufgebrummt", obwohl die freien Gewerkschaften sie gar nicht wollten. Nur wenige Tarifverträge, wo wir einen überragenden Einfluß besitzen, konnten wir von diesen Wohltaten freihalten. Wußten wir doch allzu genau, daß diese Wohltat leicht zur Plage wird.

Heute werden auch die christlichen Gewerkschaften zu der Einsicht kommen, wie richtig wir das Unternehmertum eingeschätzt haben. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", das führende Organ der rheinisch-westfälischen Großindustrie, bringt in ihrer Nr. 167 einen Artikel: „Schädliche Vorbelastung". Darin wird u. a. ausgeführt:

„In der heutigen Zeit schwerster Krise erhebt sich für den Unternehmer mit besonderer Schärfe die Forderung ... größter Erfolg mit geringsten Selbstkosten. Bei diesen spielen die Löhne eine ausschlaggebende Rolle. Eine Lohnzahlung, welche mehr ist als der Preis für die aufgewandte Arbeitsleistung, muß deshalb eine ungerechtfertigte Belastung der Wirtschaft bedeuten. Daraus folgt, daß der Unternehmer jede Zulage, die unabhängig von der Leistung gewährt werden muß, als unvereinbar mit der Wirtschaftlichkeit des Betriebes zurückzuweisen bestrebt sein muß. Bei anhaltender Wirtschaftskrise wird er darum in erster Linie dem Arbeiter den Vorrang geben, dessen Entlohnung lediglich vom Gesichtspunkte der Arbeitsleistung aus erfolgen kann, er wird also dahin wirken, **sich möglichst von den Lasten zu befreien, die ihm die Zahlungen der sozialen Zulagen auferlegen.** Das würde bedeuten, daß der Arbeitgeber bei freier Wahl dem Unverheirateten den Vorzug geben würde. ... Dem Staat erwächst daraus die Pflicht, den sozialen Ausgleich zu schaffen. (Steuervergünstigungen.)"

Der Artikelschreiber der „D. Bergw.-Ztg." folgert dann, daß die Wirtschaft in ihrem Kampf nicht vorbelastet werden darf durch Aufwendungen, die nicht von der Arbeitsleistung des Einzelnen abhängen. Wer sollte daran zweifeln, daß die Unternehmer an Rhein und Ruhr schon längst nach diesen Richtlinien verfahren haben. Wo irgendwie Betriebseinschränkungen erfolgten, hat man die älteren Arbeiter rücksichtslos aufs Pflaster geworfen, soweit dieses auf Grund des Betriebsrätegesetzes nicht verhindert werden konnte. Wenn früher schon kein Arbeiter über 40 Jahre bei der Großindustrie eingestellt wurde, so werden heute sehr oft die Fünfzigjährigen zwangsläufig pensioniert. Das sind gewöhnlich die Arbeiter, welche die meisten Kinder im erziehungspflichtigen Alter haben. Den Unternehmern kümmert das allerdings nicht. So ist es um das soziale Empfinden der Industriegewaltigen bestellt. Ihr Verhalten zwingt uns, entgegen ihren schönen Worten, in die schärfste Kampffront.

Die Arbeitszeitregelung in den Kokereien.

Die Regelung der Arbeitszeit in den Kokereibetrieben, vor allem die Einlegung von Pausen, spielt eine erhebliche Rolle. Dort, wo das Dreischichtensystem eingeführt ist, sind keine Schwierigkeiten vorhanden. Aber das augenblickliche Vorgehen der Unternehmer, die jetzige Schichtzeit durch allerlei Manipulationen zu verlängern, tritt dort, wo das Zweischichtensystem vorhanden ist, bei Einlegung der Pausen kraß hervor. Die „Rentabilität des Betriebes" ist das neue Schlagwort der Unternehmer. Mit diesem Schlachtruf bearbeiten sie die öffentliche Meinung bis zu den Regierungsstellen hinauf. „Zwei Stunden Pause innerhalb der acht Stunden ist das mindeste, was wir zugeben, und wenn wir diese nicht bekommen, legen wir den Betrieb still," erklärte ein Vertreter von Deutsch-Lux. Hofft man damit die Bergarbeiterschaft einzuschüchtern? Die Ausführungen der Arbeitervertreter haben die Unternehmervertreter eines Besseren belehrt. Sie haben den Herren klar ins Gesicht gesagt, daß in dem Vorgehen der Grubenbesitzer System liegt und daß den angeblichen Beweisen über die wirtschaftlich schlechte Lage des Betriebes Mißtrauen entgegengebracht werden muß, und zwar solange nicht der Betriebsvertretung Einsicht in die inneren Betriebsvorgänge gewährt wird. Der Schlichtungsausschuß Bochum hatte sich in einer der letzten Sitzungen mit der Einlegung von Pausen innerhalb der Achtstundenschicht auf den Zechen Bruchstraße und Prinzregent zu befassen. Nach einer Vorverhandlung hat in einem Ortstermin der Schlichtungsausschuß folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. **Im Falle die Antragstellerin auf ihrer Kokerei das Zweischichtensystem einführt, gilt folgende Arbeitszeit:**

   Beginn 6 Uhr vormittags, Ende 2½ Uhr nachmittags mit halbstündiger Pause von 10 bis 10½ Uhr vormittags. Beginn der zweiten Schicht: 6 Uhr nachmittags, Ende 2½ Uhr nachts mit einer Pause von 10 bis 10½ Uhr nachts.

   Diese Arbeitszeitregelung gilt unter der Voraussetzung, daß unter Beibehaltung des bisherigen Betriebes der Dampfdruck während der Zeit von 6 Uhr vormittags bis 10 Uhr nachmittags nicht für längere Zeit unter 10 Atmosphären herabsinkt.

2. **Die Beibehaltung des bisherigen Betriebes und die Dampfspannung darf durch den Betriebsausschuß kontrolliert werden.**

3. **Sinkt der Dampfdruck ohne eigenes Verschulden unter 10 Atmosphären herab, so kann die Antragstellerin, sofern dadurch Betriebsstörungen zu erwarten sind, einstweilen die Arbeitszeit an den Koksöfen so verteilen, daß nur eine zweistündige Pause zwischen Schichtende und Schichtbeginn besteht.**

   Die Antragstellerin hat jedoch in diesem Falle die Pflicht, bald den Schlichtungsausschuß um Entscheidung anzugehen.

Gerade wegen den Zechen Bruchstraße und Constantin 6=7 war seitens des Verbandes Beschwerde beim Oberbergamt erhoben worden, weil man ohne Anhörung und Mitwirkung des Betriebsrats die Pausen von zwei Stunden eingelegt hatte. Dem Vorgehen des Verbandes ist es zu verdanken, daß das Oberbergamt derartige einseitige Regelungen verboten hat. Ferner hat das Vorgehen bezweckt, daß auch der Schlichtungsausschuß zu der Ueberzeugung kam, daß eine halbstündige Pause vollkommen genügt.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die Krise im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau wirkt sich in immer schärferer Form aus. In der Berichtswoche sind deshalb weitere Betriebsstillegungen und Betriebseinschränkungen angekündigt worden. Der Prozeß der Belegschaftsverminderung zwecks Anpassung der Produktion an die Absatzverhältnisse nimmt also leider seinen weiteren Fortgang. In welchem Ausmaß die Belegschaftsverminderungen in der letzten Zeit im Ruhrbergbau stattgefunden haben, geht daraus hervor, daß die Gesamtbelegschaft desselben (einschließlich der Zechen des linken Niederrheins) im Monat Juni um rund 13 000 Mann abgenommen hat und sich bei einer Belegschaftsstärke von 436 493 Mann nicht mehr allzu weit von dem Vorkriegsstand der Gesamtbelegschaft, der am 1. August 1914 427 400 Mann betragen hatte, entfernt hält. Auch die Zahl der Feierschichten hat eine weitere Erhöhung erfahren. In der Woche vom 17. bis 18. Juli wurden im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau insgesamt 123 359 Feierschichten wegen Absatzmangel eingelegt.

In der Berichtswoche fanden Verhandlungen wegen Betriebsstillegungen bezw. wegen Betriebseinschränkungen von Zechenbetrieben statt:

Stillegungen:

1. Zeche Adler in Kupferdreh mit 600 Mann. 2. Zeche Bonifazius III in Kray mit 400 Mann. 3. Kokerei der Zeche Tremonia in Dortmund mit 140 Mann. 4. Kokerei der Zeche Grimberg in Bergkamen mit 65 Mann.

Einschränkungen:

1. Zeche Baldur in Holsterhausen mit 100 Mann. 2. Zeche Brassert in Marl mit 450 Mann. 3. Zeche Prosper II=III und Arenberg-Fortsetzung in Bottrop mit insgesamt 1500 Mann.

Neue Mietsätze für Bergmannswohnungen.

Nachdem vom preußischen Wohlfahrtsministerium ab 1. August die gesetzlichen Mieten um 6 Prozent, von 76 auf 82 Prozent der Friedensmiete, erhöht sind, mußte die Treuhandstelle für Bergmannswohnstätten in Essen ebenfalls die Mieten entsprechend erhöhen. Die bisherigen Mieten erhöhen sich um 7½ Prozent und sind mit Wirkung ab 1. August wie folgt festgesetzt und auf 5 Pf. nach oben abgerundet:

	in Orten bis 10000 Einwohner	über 10000 Einwohner	über 100000 Einwohner
bis 35 Quadratmeter	8,60 Mk.	9,70 Mk.	10,75 Mk.
35—40 „	9,70 „	10,75 „	11,85 „
40—45 „	10,75 „	11,85 „	12,10 „
45—55 „	12,90 „	15,05 „	17,20 „
55—65 „	16,15 „	18,30 „	20,45 „
65—75 „	19,35 „	21,50 „	23,65 „
75—85 „	22,60 „	24,75 „	26,90 „
über 85 „	25,80 „	27,95 „	30,10 „

Vorstehende Mieten erhöhen sich bei mehrgeschossigen Häusern, die mehr als zwei Mieter enthalten, um 5 Prozent, in freistehenden Einfamilien- bezw. Doppelhäusern erhöhen sich die Mieten um 5 Prozent. In diesen Mietbeträgen sind alle Unkosten, wie Grundvermögenssteuer und Wassergeld, soweit sie den Betrag von 75 Pf. monatlich je Wohnung nicht übersteigen, mit einbegriffen. Beträge, die darüber hinausgehen, müssen besonders bezahlt werden.

Nadelstichpolitik auf „Graf Schwerin".

Anfang Juli beschäftigte sich die Presse mit den Zuständen, die auf der Schachtanlage Graf Schwerin eingerissen waren. Es handelte sich vor allen Dingen darum, daß die Betriebsverwaltung dem Betriebsausschuß erklärt hatte, wenn nicht 8½ Stunden verfahren würden, müßte die Schachtanlage stillgelegt werden. Nachdem der Betriebsrat zu der Frage Stellung genommen und einstimmig das Ansinnen der Zechenverwaltung abgelehnt hatte, wurde der ablehnende Bescheid dem Betriebsführer Herrn Bock mitgeteilt, worauf dieser dann erklärte, dann würde die Schachtanlage eben stillgelegt. Eine Belegschaftsversammlung, die am 12. Juli stattfand, beschäftigte sich ebenfalls mit dem Vorhaben der Zechenverwaltung. Die Versammlung lehnte einstimmig die Achteinhalbstundenschicht ab. Die Zechenverwaltung ließ dann durch die Presse eine Erklärung folgenden Inhalts verbreiten:

„Erklärung der Verwaltung von Zeche Schwerin.

In zahlreichen Zeitungen wurde gemeldet, daß die Zeche Graf Schwerin der gesamten Belegschaft gekündigt habe, weil diese die Wiedereinführung der Achteinhalbstundenschicht abgelehnt habe. Von der Zechenverwaltung wird diese Meldung als unrichtig bezeichnet. Richtig ist, daß die Stillegung einer Schachtanlage in Aussicht genommen sei, falls die Verhältnisse sich noch weiter verschlechtern. Der Betrieb habe in den letzten Monaten erhebliche Zuschüsse gefordert."

Aus diesem Vorgang ist zu ersehen, wie schwungvoll die Zechenverwaltung mit der Wahrheit umzuspringen versteht. Der Krieg ist aber, wie es scheint, noch nicht erledigt. Seit dem 10. Juli werden auf der Schachtanlage als Deputatkohle nicht Nuß- oder Förderkohle, sondern Kokskohle ausgegeben. Eine Verhandlung des Betriebsrats mit der Betriebsverwaltung verlief ergebnislos, da Betriebsführer Bock erklärte, er hätte seine Anweisungen von der Direktion erhalten. Wir können den Kameraden nur raten, den Klageweg zu beschreiten. Die Zeche wird hierbei zweifellos den Kürzeren ziehen. Es ist noch nie auf irgendeiner Schachtanlage Usus gewesen, Kokskohle als Hausbrandkohle abzugeben, sondern es ist stets Nuß- oder Förderkohle gegeben worden.

Ferner hat man am 15. Juli sämtliche Gedinge zum 1. August durch Anschlag auf der Schachtanlage gekündigt. Was man damit bezwecken will, ist eigentlich unerklärlich, denn der Durchschnittslohn, der laut Tarifvertrag 7,48 Mk. betragen muß, ist mindestens um 40 Pf. zu niedrig. Eine Kürzung des Gedinges kann man also nicht vornehmen. Die Zulage konnte und mußte aber erfolgen ohne Kündigung des Gedinges. Man erkennt hier, daß ein Tarifbruch auf den andern folgt, seitdem der Betriebsführer Bock dort wieder sein Unwesen treibt. Auch in dem Falle, daß die Belegschaft mit ihrem Lohn unter Tarif von 7,48 Mk. bleibt, können wir nur empfehlen, den Klageweg zu beschreiten.

Wie lange wird sich die Bergarbeiterschaft und vor allen Dingen die Belegschaft der Zeche Graf Schwerin noch solche unwürdige Behandlung zuteil werden lassen?

Hannover, Braunschweig, Hessen, Lippe.

Unhaltbare Zustände im Ilseder Bergbau.

Eigenartige Zustände betreffend Grubensicherheit herrschen seit langer Zeit im Ilseder Bergbau. Unglücksfälle sind an der Tagesordnung. Allein im Bültener Betriebe verunglückten in der letzten Zeit vier Kameraden tödlich. Diese Unglücksfälle ergeben sich aus dem raffinierten Lohn- und Gedingesystem und aus dem brutalen Vorgehen der Aufsichtsbeamten. Da ein gemeinsames Gedinge für die drei Mann starke Kameradschaft besteht, soll der Hauer, der die Bohr- und Schießarbeit leistet und für die Sicherheit des Arbeitsorts verantwortlich ist, auch noch mitfördern, da er nach Ansicht des Obersteigers Riehl sonst für die ganze Schicht „keine Beschäftigung hat". Dementsprechend wird dann auch das Gedinge gesetzt und der Hauer, der die immer größer werdende Verlendung seiner Familie vor Augen sieht, greift natürlich nach dem scheinbaren Rettungsanker des Drauflosschuftens und es entstehen dann die uns in den Lohnverhandlungen vorgeführten hohen Durchschnittslöhne. Daß aber durch dieses System die Sicherheit des Arbeitsortes leidet, scheint der Herr Obersteiger nicht einsehen zu wollen. Fordert einmal eine Kameradschaft Gedingeerhöhung, so ist es nichts neues, wenn Herr Riehl entgegenet: „Acht Tonnen pro Mann und Schicht sind keine Leistung. Wenn ihr 10 Tonnen fördert, verdient ihr gutes Geld." Damit aber das Werk bei solchen Leuten, die vernünftig arbeiten, keinen Schaden erleidet, war es notwendig, durch den Schlichter in Hannover die Bestimmung über den Mindestlohn aus dem Tarif entfernen zu lassen. Bei diesen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn aus den Ilseder Werken jetzt ein Taubenschlag geworden ist. In Scharen kehren Arbeiter dem Werk den Rücken, von denen man es niemals erwartet hätte.

Wir weisen unsere Mitglieder darauf hin, daß zuerst die Sicherheit des Arbeitsortes kommt und dann die Förderung. Daß unter dem jetzigen System nicht noch mehr Unglücksfälle vorkommen, ist ein Wunder. Den Betriebsrat

behörde empfehlen wir, mehr als bisher die Ursachen der Unglücksfälle zu beachten. Der bergpolizeiliche Schutz nützt nichts, wenn die Bestimmungen der Verordnung aus irgendeinem Grunde nicht innegehalten werden können. Damit aber endlich Leben und Gesundheit der Bergarbeiter mehr als bisher geschützt werden, rufen wir den Kameraden zu: Macht Schluß mit diesem Wühlsystem!

Krisenstimmung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Abermals jede Lohnerhöhung abgelehnt.

Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau spitzt sich immer mehr zu. Trotz einer geradezu miserablen Bezahlung bei überlanger Arbeitszeit und nicht gerade immer vornehmer Behandlung der Arbeiter, lehnten die Unternehmervertreter bisher jede Lohnerhöhung strikte ab. Tausende tüchtiger Bergarbeiter haben den Bergbau verlassen, weil sie einfach außerstande waren, ihre Familien auch nur notdürftig zu ernähren. Eine Bergarbeiter-Delegiertenkonferenz in Leipzig war empört über dieses Verhalten, noch dazu, da sich das Reichsarbeitsministerium die Gründe der Zechenherren zu eigen machte und auch seinerseits alle Zulagen rundweg ablehnten. Die Empörung in den Revieren steigt von Tag zu Tag. Die Unternehmer kümmern sich darum nicht. Sie haben ohne die Gewerkschaften Lohnzulagen, Liebesgaben natürlich nur, gegeben. Nur die erhalten sie meistens, die dem „Stahlhelm" bezw. der diesen gesinnungsverwandten von den Zechenherren unterhaltenen gelben Werkvereinen angehören. Kommt es doch hundertmal vor, daß Werkmeister in den Grubenbetrieben den Arbeitern sagen: „Tretet doch der Werksgemeinschaft bei, dann erhaltet ihr die Prämienzulagen, im Stillen könnt Ihr ja Gewerkschaftsmitglieder bleiben." Die Zechenherren wollen durch dieses Vorgehen weiter nichts erreichen als die Gewerkschaften zerschlagen. Sie wollen damit den Bergarbeitern klar machen, daß sie auch ohne Organisation ihre materielle Lage verbessern können, wenn sie ihre Gesinnungsfreiheit opfern, um dann im Trüben zu fischen. Kürzlich fanden erneute Lohnverhandlungen in Halle statt. Die Tarifverbände forderten nur das zum Leben dringend Notwendigste. Wie immer, betonten die Unternehmervertreter, auch diesmal die „große Armut" des Braunkohlenbergbaues. Jede Lohnerhöhung müsse notgedrungen wesentliche Preissteigerungen bezw. Einlegung von Feierschichten zur Folge haben. Besonders betont wurde, daß die staatlichen Abgaben die Werke bis zur Unerträglichkeit belasten. Ein Vertreter der Niederlausitz führte aus, daß die Werke durch Gewerbeabgaben fast ruiniert werden, während die Gemeinden im Gelde schwimmen und dasselbe verwurfteln. Jede Lohnerhöhung bedeute eine neue Inflation oder große Arbeitslosigkeit. Das ewig alte Lied zur Irreführung der öffentlichen Meinung! Die Bergarbeitervertreter wiesen anhand amtlichen statistischen Materials die Unmöglichkeit der Angaben der Unternehmervertreter nach. Keine Verlegenheit auf dieser Seite, die sich so weit versteigt, die Festigkeit ihres eigenen Materials anzuzweifeln! Es wurde ihnen von den Arbeitervertretern mit aller Deutlichkeit klargemacht, daß ihr Verhalten gewinnsüchtig im höchsten Grade, ohne jede Rücksicht auf die große Notlage der Bergarbeiter sei. Der Herrenstandpunkt siegte wiederum. Erneut lehnten sie alle Zugeständnisse ab! Die Bergarbeiter mögen weiter hungern.

Nunmehr werden die Schlichtungsinstanzen reden. Für die Bergarbeiter Mitteldeutschlands ist die Richtung klar: verlassen von allen, Hilfe gibt es nur aus eigener Kraft. Helfen können nur starke Organisationen. Hinein in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands!

Süddeutschland.

Kirchensegen und Grubenunglücke.

Das Wunderrezept des Herrn Mattes.

Die in letzter Zeit stattgefundenen Grubenunglücke haben die Bergarbeiterforderung auf Schaffung eines Reichsberggesetzes zum wirksamen Schutze der Bergarbeiter wieder in den Vordergrund gedrängt. Es wurden von den Organisationen an die Reichs- und Landesregierungen Vorschläge eingereicht. Die Oberbergämter in allen deutschen Bergbaugebieten haben ebenfalls zum besseren Schutze der Bergarebiter entweder vollständig (wie in Bayern) neue bergpolizeiliche Vorschriften ausgearbeitet oder zu den alten Vorschriften neu Vorschriften zum besseren Schutze der Bergarbeiter erlassen. Alle diese Arbeit wäre nicht notwendig gewesen, wenn man sich vorher mit dem Landtagsabgeordneten Jakob Mattes, Vertreter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, in Verbindung gesetzt hätte, wie nachfolgendes Schreiben des Herrn Mattes an die Generaldirektion der staatlichen Werke in Bayern beweist:

„Jakob Mattes, Abgeordneter.
München-Landtag. Tel. 25 331. München, den 22. Juli 1925.

Herrn Präsident Klaiber, München.

Sehr geehrter Herr Präsident!

In meiner Eigenschaft als Berichterstatter des Berg-, Hütten- und Salinenetats habe ich bei der letzten Beratung meiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß einige Bergfeiertage und diverse Verbesserungen wiederum eingeführt wurden. Infolgedessen erlaube ich mir, an Herrn Präsidenten nachstehendes Ersuchen zu richten, in der Hoffnung, daß auch dieser Wunsch durchgeführt wird, woran die Arbeiterschaft ein sehr großes Interesse hat.

Die Arbeiter wünschen, daß die Berg- und Pfannenweihe wie in früheren Jahren und Jahrzehnten vor dem Kriege wiederum eingeführt werden möge. Die Arbeiter versicherten mir, daß sie großen Wert auf die kirchliche Segnung ihres Betriebes legen und betonten, daß gerade in Berchtesgaden Bergbau und Saline vor vielen großen und kleinen Unglücken verschont geblieben sei.

Am Fronleichnamsfest wurden immer 18 bis 20 Mann abkommandiert zur Begleitung des Allerheiligsten. An den beiden kleinen Fronleichnamsprozessionen am darauffolgenden Sonntag und Donnerstag haben dieselben Arbeiter ebenfalls an der Prozession teilgenommen. Außerdem ist am großen Fronleichnamsfest immer am Bergbau, wo ein Evangelium gelesen wird, mit den eigenen hierzu beschafften Bergböllern geschossen worden. Dieses alles ist durch den Krieg abgeschafft worden und die Arbeiterschaft äußerte mir den Wunsch, nun doch dafür zu sorgen, daß diese überlieferten Gebräuche wiederum zu Ehren kommen.

Wenn früher der Erzbischof von München oder der Kardinal zur Firmung nach Berchtesgaden kam, wurde jedesmal auch zum Empfang eine Ehrenabordnung mit einem Steiger gestellt und der Kardinal zur Kirche und zurück begleitet.

Ich bitte Herrn Präsidenten in Berchtesgaden diese Einrichtungen wieder in Ehren kommen zu lassen.

Der Erfüllung dieser Wünsche und seinerzeitigen Bescheid entgegensehend, zeichnet

Hochachtungsvollst! Mattes."

Wenn Herr Mattes glaubt, Grubenunglücke durch den Kirchensegen verhindern zu können, so ist es seine eigene Sache. Die tagtäglich im Gefahrenbereich des Grubenbetriebes tätigen Bergleute werden sich jedoch für einen solchen Segen bedanken, wenn unter seinem Deckmantel eine Lotterwirtschaft in der technischen Behandlung der Sicherheitsfragen einreißt. Der beste Segen für den Bergbau ist eine peinliche Inachtnahme der bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften.

Ein Bravo der Zahlstelle Penzberg.

Die Zahlstelle Penzberg in Oberbayern feierte im Monat Juni d. J. ihr 25jähriges Bestehen und ehrte ihre Jubilare, indem sie beschloß, eine Hausagitation vorzunehmen. An derselben beteiligten sich hervorragend die alten Kameraden. Es konnten 74 neue Kameraden dem Verbande zugeführt werden — ein Zeichen, daß, wenn die Kameraden an die Arbeit gehen, auch im oberbayerischen Pechkohlengebiet die Organisation gestärkt werden kann. Es ist den übrigen Zahlstellen zu empfehlen, gegen die Penzberger in der Agitation nicht zurückzustehen. Folgende Kameraden der Zahlstelle Penzberg gehören dem Verbande 25 Jahre als Mitglied an: Pfalzgraf Michael, Böck Wilhelm, Kalb Josef, Brunner Andreas, Esreiter Heinrich, Reithofer Sebastian, Lechner Ulrich, Bandner Karl, Klein Sebastian, Lesjack Jakob, Heumann Josef, Krackar Jakob; Gründer der Zahlstelle Penzberg: Böck Peter, Kalb Albert, Rickernick Simon, Sanda Wenzel, Meier Anton, Hunger Johann, Rummer Johann, Freisl Seb., Schenk Josef, Meindl Paul, Knickl Andreas, Schumi Josef, Bucher Georg, Seilbold Johann, Hartmanngruber Sebastian, Schnappauf Andreas, Dörfler Peter, Prettner Franz, Frühschütz Johann, Mestinscheck Simon, Knoblauch Josef, Hüls Jakob. Groß Johann, Lechner Benedikt, Oktabetz Emanuel, Rauch Vinzenz, Lampl Jos., Löbler Michael, Ton Vinzenz, Kneipp Albert, Fischer Johann, Schauer Bartl, Krawany Stefan, Helgert Blasius, Kiener Mich., Bichl Wenzel, Barnickel Andreas, Moser Andreas, Jelouscheck Franz, Mörtl Heinrich, Pobuad Franz, Lach Markus, Lutzenberger Anton, Meier Anton, Meier Wenzel.

Bergarbeiterstreik u. Konsumgenossenschaft

Etwas, was nicht nur die Bergarbeiter, sondern alle Berufe angeht.

Im Internationalen Genossenschaftsbulletin lesen wir unter „Kanada" folgendes:

„Der große Bergarbeiterstreik in Cape-Breton (Neuschottland), der bereits seit März d. J. im Gange ist, hat die Bevölkerung in eine arge Notlage gebracht. Ohne Hilfe der britisch-kanadischen Genossenschaften würden die Streikenden längst gezwungen gewesen sein, zu kapitulieren. Der Streik war wegen einer beabsichtigten Lohnkürzung durch die Unternehmer ausgebrochen. In dieser Zeit der Entbehrung hat die Genossenschaft in Sidney über 40 000 Mahlzeiten in den Bergarbeitersiedlungen ausgegeben. Aus dem Unterstützungsfonds der Genossenschaften wird den Bergarbeitern Hilfe geleistet.

Einer der ersten Schritte der britischen Compagnie, die das Bergwerk betreibt, war der, in ihren Verkaufsstellen (Werkskonsumanstalten) den Arbeitern jeglichen Kredit zu sperren. Diese Maßnahme traf die nicht genossenschaftlich organisierten Arbeiter sehr hart. Die Mitglieder der Genossenschaft wurden davon nicht betroffen, da sie nach wie vor ihren Bedarf in der Genossenschaft eindecken konnten. Die stattliche Rückvergütung und der Notfonds wurden zur rechten Zeit verteilt und erwies sich in den Familien, die sonst infolge des Streiks schwere Entbehrungen hätten erleiden müssen, dieses als eine wertvolle Hilfe."

So weit die Tatsachen aus dem Bericht. Dazu bemerken wir, daß bei den britischen Genossenschaften die Rückvergütung zumeist von den Mitgliedern als Notfonds in der Genossenschaft belassen wird, zu welchem dann auch noch nach Möglichkeit weiteres Geld auf das Sparkonto hinzukommt, um dann in Wirtschaftskämpfen dem Unternehmertum die Stirn bieten zu können.

Die genannten Genossenschaften sind auch an sich sehr kapitalkräftig, weil die Mitgliedschaft die Geschäftsanteile in mehr als doppelter Höhe als die deutschen zur Einzahlung brachte und die genannten Konsumvereine nicht durch die Inflation, wie wir in Deutschland, betroffen wurden.

Der kurze Bericht zeigt die große Wichtigkeit der Konsumgenossenschaften als helfende Organe im Wirtschaftskampfe. Das Unternehmertum ist sich in der Anwendung von Mitteln und Methoden zur Niederkämpfung der Arbeiterschaft auf der ganzen Welt gleich. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wurden bei der letzten großen Bergarbeiteraussperrung die Werkskonsumanstalten rücksichtslos geschlossen. Die Arbeiterschaft mußte vielfach den Kredit bei den Händlern und nicht zuletzt bei den Genossenschaften in Anspruch nehmen.

Der Konsumverein „Wohlfahrt" in Bochum unterstützte seine ausgesperrten Mitglieder ebenfalls durch Auszahlung der Rückvergütung, die manchem Mitglied, weil es seinen ganzen Bedarf im Genossenschaftsladen gedeckt hatte, die Möglichkeit gab, über die Zeit der Aussperrung hinwegzukommen. Der bedauerliche Umstand, daß die deutschen Genossenschaften durch die Inflation ihr Betriebskapital verloren haben, brachte es mit sich, daß die Konsumvereine ihren Mitgliedern nicht so helfen konnten, wie sie es gerne möglich gemacht hätten. Bei der Gelegenheit der Aussperrung haben in Versammlungen und Zusammenkünften die Bergarbeiter geschworen, daß sie sich nunmehr ganz von den Werkskonsumanstalten abwenden würden. Die Genossenschaften haben große Opfer im Interesse der Ausgesperrten auf sich genommen und heute sind noch viele Tausende von Goldmark an Gutscheinen von Betriebsräten und sonstigen Außenständen bei den Konsumvereinen nicht bezahlt.

Die Zahl der Werkskonsumanstalten wächst aber mit jedem Tag und die Arbeiterschaft gerät dadurch immer mehr und mehr in das Joch des Unternehmertums. Nicht umsonst haben in höchst eindringlicher Weise eine ganze Anzahl von Gewerkschaftskongressen vor den Werkskonsumanstalten gewarnt. Die Arbeiterschaft wurde darauf hingewiesen, daß diese dem Unternehmer die Möglichkeit geben, die Arbeiterschaft noch mehr an sich zu fesseln. Wenn derselbe sein ganzes Einkommen in die Werkskonsumanstalt bringt, so hat der Unternehmer selbstverständlich aus diesem Warengeschäft wiederum große Vorteile. Es fällt ihm gar nicht ein, der Arbeiterschaft etwas zu schenken, und wollte er dieser entgegenkommen, so wäre doch der einfache Weg, daß man ausreichende Löhne und Gehälter zahlte, der richtige. Weil aber gerade in der jetzigen Zeit Lohn und Gehalt einen geradezu katastrophalen Tiefstand erreicht haben und das Unternehmertum weiß, daß sich die Arbeiter und Angestellten eines Tages dagegen wehren würden, dienen die Werkskonsumanstalten als Mittel zum Zweck. Es soll wie von vielen Seiten berichtet wird, sogar schon so weit gekommen sein, daß bei einer ganzen Reihe von Bergwerksgesellschaften in den Werkskonsumanstalten geborgt wird. Die schleichende Pest des Pumpsystems nimmt also immer krassere Formen an und Arbeiter und Angestellte gleiten immer tiefer in das wirtschaftliche Elend hinab. Es wird die allerhöchste Zeit, daß die oben genannten Kreise sich auf die alten bewährten Methoden, unter denen sie eine blühende und stoßkräftige Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung hatten, zurückbesinnen.

Alle schaffenden Bevölkerungsschichten müssen energisch an ihrer wirtschaftlichen Befreiung arbeiten. Es kann nicht geduldet werden, daß die sozialen Nöte über unserem Kopf zusammenschlagen und wir im Elend untergehen. Auch in der schwersten Zeit ist Gelegenheit, für die Besserstellung der wirtschaftlichen Lage zu arbeiten. Die große Gefahr der Werkskonsumanstalten ist schon dann halb beseitigt, wenn alle schaffenden Bevölkerungsschichten ihren Zweck erkennen und wissen, was das Unternehmertum mit ihnen beabsichtigt. Um den Preis einer manchmal etwas höheren Rückvergütung sollte kein denkender Mensch sein Fell verkaufen.

Wir sollten aus den in diesem Artikel dargelegten Vorgängen lernen und dem Unternehmertum sagen, daß wir mit gutem Recht einen ausreichenden Lohn fordern, über dessen Verwendung wir selbst zu entscheiden haben.

Also hinein in die Gewerkschaften und hinein in den Konsumverein, um in diesen Organisationen für die wirtschaftliche Besserstellung zu arbeiten. K.

Der Konsumverein als Preisregulator.

In dem Mitteilungsblatt der Handelskammer für die Kreise Lörrach-Waldshut in Schopfheim vom Monat Juli 1925 finden wir in einem Bericht über die Sitzung des Industrie- und Steuerausschusses vom 27. Mai d. J. unter Ziffer 4 (Referat über Industrie und Einzelhandel) folgende Feststellung der Industrievertreter:

„Man gewinnt auch den Eindruck, daß er (gemeint ist damit der Einzelhandel) nicht immer die erforderliche Genauigkeit in der Preiskalkulation walten lasse, wenn man die Preise der Konsumvereine zum Vergleich heranzieht."

Probeeinkäufe des Bezirkskonsumvereins Lörrach bei vier Konkurrenten ergaben Preisdifferenzen zugunsten der Genossenschaft von 10—20 Prozent. Die Wahrnehmungen der Handelskammer wurden also bestätigt. — Als der Konsumverein Leipzig-Plagwitz den Konsumverein Borna übernahm, konnte er bei etwa 100 Artikeln die Preise, die sich auf der ortsüblichen Höhe bewegten, um 5—50 Prozent ermäßigen. Die Kleinhändler waren in vielen Fällen noch teurer als der Bornaer Verein; z. B. mußte der Brotpreis durch die Bäcker um 4 Pf. für das Pfund herabgesetzt werden. Als unlängst der Verein die Milchversorgung der Mitglieder in die Hände nahm, versuchte die Milchhändlervereinigung zunächst, der Genossenschaft den Lieferanten abtrünnig zu machen. Als das mißlang, unterbot sie den Preis; der Verein parierte dies mit der Erklärung, stets einen Pfennig billiger abgeben zu wollen als die Händler. Darauf gingen die Händler mit ihren Milchpreisen bis auf 28 Pf. herab, obgleich sie vordem den Preis für 1 Liter Milch von 36 Pf. für nicht zu hoch bezeichnet hatten. Der Kampf ist für die Milchhändler erfolglos verlaufen. Heute verkauft die Händlerschaft die Milch aus der Kanne mit 32 Pf. je Liter, und die Genossenschaft gibt das Produkt in verschlossenen, sauberen Flaschen ebenfalls für 32 Pf. je Liter ab. Also auch bei diesem Artikel eine Senkung des Preises um 2 Pf. und sauberste, einwandfreie Belieferung vom Produzenten an die Mitglieder durch ihre Genossenschaft und für die übrige, nicht organisierte Verbraucherschaft eine Ermäßigung um 2 Pf. für einen Liter Milch. — Ein ähnlicher Kampf spielt sich zurzeit in Bremen ab. Auch dort werden die Verbraucher ihn leicht gewinnen, wenn sie nicht auf Händlertricks hineinfallen, sondern dem Konsumverein unverbrüchliche Treue bewahren.

Internationale Rundschau.

Wie die amerikanischen Unternehmer auf Kosten eines Streiks Gewinne einstreichen wollen.

Der Pressedienst des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht einen Bericht über das Verhalten der Unternehmer in der Hartkohlenindustrie, der die Lage von einem neuen Gesichtspunkt aus beleuchtet und angesichts ähnlicher Verhältnisse in anderen Ländern von allgemeinem Interesse ist. In der Meldung heißt es u. a.:

„Die Bergarbeiter der Hartkohlengruben verlangen für die Arbeiter über und unter Tage eine Lohnerhöhung. Trotzdem bereits einmal vorgeschlagen wurde, gegen die Hartkohlenindustrie, die eine Art Monopolstellung einnimmt, wegen zu hoher Preise gerichtlich vorzugehen, wollen die Unternehmer die Löhne herabsetzen, um angeblich „die Geschäftslage zu verbessern". Die hohen Gewinne der Hartkohlenproduzenten deuten aber darauf hin, daß es um die Anthrazitindustrie gar nicht so schlecht bestellt ist.

Im Hinblick auf die Lage im gegenwärtigen Augenblick sind die Aussagen von Beamten der Anthrazitkohlengrubenarbeiter der Vereinigten Bergarbeiter besonders bezeichnend, wonach die Grubenbesitzer der Hartkohlenindustrie bewußt einen Streik herbeizuführen versuchen, um auf diese Weise ihre Vorräte, die sich ihren Schätzungen zufolge auf ca. 10 Millionen Tonnen belaufen, zu guten Preisen loszuwerden. Trotzdem das soeben angegebene Vorratsquantum wohl zu hoch angesetzt ist und sich zum Teil aus groben Kohlensorten zusammensetzt, die von den großen Massen der Hartkohlenkonsumenten nicht verlangt werden, würden die Grubenbesitzer bei einem eventuellen Streik und einer Erhöhung der Preise auf ca. 1 Dollar pro Tonne auf Kosten der Publikums schöne Gewinne erzielen. Was die Lage auf dem Weichkohlenmarkt betrifft, so sind die Vorräte sehr gering und jeder Streik würde die Allgemeinheit in Mitleidenschaft ziehen."

Der Achtstundentag in den Vereinigten Staaten.

Im „American Federationist", dem Organ des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (A. F. of L.), veröffentlicht William Green, der Präsident der A. F. of L., einen Artikel über die Frage des Achtstundentages in den Vereinigten Staaten, in dem es u. a. heißt: „In keinem Lande der Welt nahm der Prozeß der Einführung des Achtstundentages einen schnelleren Verlauf, als in den Vereinigten Staaten. Von den im Jahre 1909 vom Fabrikregister erfaßten 6 615 046 Lohnarbeitern arbeiteten nur 523 652 oder 7,9 Prozent 48 oder weniger Stunden. Im Jahre 1919 hatten von 9 096 372 Arbeitern bereits 4 418 393 Arbeiter oder 48,6 Prozent diesen Standard erreicht. Im Jahre 1921 veröffentlichte eine Industriekommission von Newyork einen Bericht, in dem die größten Firmen des Staates Newyork berücksichtigt wurden und demzufolge 60,2 Prozent der Männer und 61,9 Prozent der Frauen 48 oder weniger Stunden arbeiteten. Im Staate Massachusetts war der Prozentsatz in diesem Jahre für Männer 85,6, in Ohio 75 und in Kalifornien sogar 91 Prozent."

Obwohl keine genauen zahlenmäßigen Angaben vorliegen, kann gesagt werden, daß seit dem Jahre 1921 weitere erfreuliche Fortschritte erzielt werden. Dies beweist neuerdings die Meldung, daß eine der größten Festen des Unternehmertums in Amerika gefallen ist: die Standard Oil Company hat jetzt den Achtstundentag für alle ihre Betriebe eingeführt. Bis jetzt bestand noch immer in den Betrieben dieses gewaltigen Trusts seit seiner Gründung im Jahre 1859 der Zweischichtenbetrieb mit einem zwölfstündigen Arbeitstag. Die Company hat außerdem, damit die Löhne der Arbeiter durch ihre Neuerung nicht reduziert werden, alle Lohnansätze erhöht.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 32. Woche (vom 2. bis 8. August) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Bottrop. Kassierer ist jetzt wegen Fortzug des bisherigen der Kamerad August Bedaux, Bonnikstraße 1.

Fragen der Arbeiterversicherung.

Eine wichtige Entscheidung.

Aufnahme von über 62 Jahre alten Personen in die Pensionskasse und Pensionierung über 65jähriger von amtswegen.

Das Reichsknappschaftsgesetz sieht eine Altersgrenze, bei deren Ueberschreitung die Aufnahme in die Pensionskasse nicht möglich wäre, nicht vor. Demnach müßte auch ein 70jähriger, der die gesundheitlichen Voraussetzungen erfüllt und in einem knappschaftlichen Betrieb Arbeit erhält, in die Pensionskasse aufgenommen werden. Der Vorstand des Reichsknappschaftsvereins beschloß jedoch, daß über 62 Jahre alte Personen nicht mehr aufgenommen werden sollten. Unsere Kameraden stimmten dem Beschlusse aus folgenden Gründen zu: Als es feststand, daß der Begriff der wesentlichen bergmännischen Arbeiten, die ein Arbeiter mindestens 15 Jahre lang verrichtet haben muß, wenn er die Alterspension beziehen will, eine Auslegung erfuhr, dadurch ein großer Teil der Uebertagearbeiter vom Bezug der Alterspension ausgeschlossen sein würde, wünschten die Kameraden von über Tage, daß ihnen mindestens die Alterspension von dem Zeitpunkt an gezahlt würde, von dem sie Anspruch auf Reichsinvalidenrente ohne Nachweis der Invalidität haben. Diese Wünsche haben die Verbandskameraden im Vorstande des RKV. unterstützt. Es ist dann vom Vorstande der Beschluß gefaßt worden, 65jährigen die Invalidenpension von Amts wegen zu gewähren.

Wenn dieser Beschluß durchgeführt wurde, so hat es für Leute, die über 62 Jahre alt waren, keinen Zweck gehabt, daß sie noch in die Pensionskasse aufgenommen wurden, weil sie bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres die dreijährige Wartezeit nicht erfüllen konnten. Da aber auch unabhängig davon die alten Kameraden die Aufnahme in die Pensionskasse nicht mehr wünschten, ist vom Vorstande des RKV. beschlossen worden, über 62 Jahre alte Leute nicht mehr aufzunehmen.

Selbstverständlich waren die beiden Beschlüsse nur als ein Entgegenkommen für die Versicherten aufzufassen. Es wurden durch sie keine zwingenden Gesetzesvorschriften beseitigt. Wenn jemand mit diesen Maßnahmen nicht zufrieden war, so konnte er die Behandlung nach den Vorschriften des RKG. verlangen. Als die Niederrheinische Knappschaft die Beschlüsse auch in solchen Fällen durchführen wollte, wo die Kameraden der gegenteiligen Meinung waren, hat der Verband für einen Kameraden den Klageweg beschritten. Das Knappschaftsoberversicherungsamt Bonn hat hierauf ein Urteil gefällt, wodurch dem klagenden Kameraden Recht gegeben wird. Zur besseren Aufklärung der Kameraden lassen wir das Urteil folgen:

Urteil:

„In der Knappschaftsversicherungssache des Bergmanns Karl Druglowski aus Lintfort, Berufungsklägers, gegen den Stolberger Knappschaftsverein in Mörs, Berufungsbeklagten, hat das Preußische Knappschafts-Oberversicherungsamt Bonn, Spruchkammer I, in seiner Sitzung in Düsseldorf am 6. Mai 1925 für Recht erkannt:

Unter Aufhebung des Bescheides des Reichsknappschaftsvereins (Niederrheinische Knappschaft) vom 27. Dezember 1924 wird festgestellt, das Druglowski vom 1. Januar 1924 ab der Pensionskasse der Niederrheinischen Knappschaft als Mitglied angehört. Außergerichtliche Kosten bleiben außer Ansatz.

Tatbestand:

Der Kläger Druglowski ist am 18. August 1858 geboren und zurzeit als Zimmerhauer auf der zum Stolberger Knappschaftsverein gehörigen Grube Friedrich Heinrich beschäftigt. Am 24. Juni 1892 wurde er Mitglied der Pensionskasse des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum, am 20. August 1903 Knappschaftsinvalide, am 30. Juni 1905 reaktiviert und war vom 27. Dezbr. 1907 bis 26. September 1911 vom 2. November 1911 bis 30. Oktober 1913 wieder als Bergmann tätig, konnte indessen nicht als Mitglied der Pensionskasse des obengenannten Vereins weiter geführt werden, weil er es unterlassen hatte, die frühere Mitgliedschaft — von der Reaktivierung ab bis zum Tage der Wiederanlagung — durch Zahlung von Anerkennungsgebühren aufrecht zu erhalten, inzwischen das für eine Neuaufnahme vorgesehene Lebensalter überschritten hatte.

Am 5. November 1913 legte Druglowski auf der zum Stolberger Knappschaftsverein gehörigen Steinkohlengrube Friedrich Heinrich an, mußte aber auch hier wegen Ueberschreitung der Altersgrenze aus der Pensionskasse zunächst ausgeschlossen werden, bis diese Grenze durch das neue Reichsknappschaftsgesetz aufgehoben wurde und seiner Aufnahme (1. Januar 1924) nunmehr kein Hinderungsgrund entgegenstand. Inzwischen hatte der vorläufige Vorstand des Reichsknappschaftsvereins den Beschluß gefaßt, daß Personen, die über 62 Jahre alt seien, nicht mehr in die Pensionskasse aufzunehmen und alle Mitglieder, die das 65. Lebensjahr vollendet hatten, von Amts wegen zu invalidisieren wären. Diesem Beschluß entsprechend wurde der Aufnahmebescheid zunächst zurückgezogen, sodann aber, da er Rechtskraft erlangt hatte, auf Berufung Druglowski hin wieder hergestellt, letzterer aber jetzt — weil über 65 Jahre alt — mit Wirkung vom 1. April 1924 ab pensioniert. Die Pension kam jedoch nicht zur Auszahlung, weil die im § 45 RKG. vorgesehene Wartezeit nicht erfüllt war. Dies wurde ihm seitens der Verwaltung durch Bescheid vom 11. November 1924 mitgeteilt, der auf erhobenen Einspruch durch den Ausschuß zur Erledigung von Rentenangelegenheiten durch Bescheid vom 27. Dezember bestätigt wurde. Hiergegen legte Druglowski am 23. Januar 1925 Berufung ein, in der er ausführt, daß sein Ausschluß aus der Pensionskasse mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht in Einklang stehe, im Gesetze auch nirgends vorgesehen sei, daß Altersrentner (er bezieht seit dem 1. August 1923 die reichsgesetzliche Invaliden-(Alters)Rente nicht in die Pensionskasse aufgenommen werden dürften. Der Beklagte hat Abweisung der Berufung beantragt; auf den Inhalt der Parteischriftsätze wird verwiesen.

Gründe:

Die Berufung ist begründet. Nach § 19 RKG. gehören Arbeiter, die mit knappschaftlicher Arbeit beschäftigt werden und nach § 11 a. a. O. versichert sind, der Arbeiterabteilung der Pensionskasse des RKV. als Mitglieder an, wenn sie den satzungsmäßigen Erfordernissen über Gesundheit genügen. Diese Voraussetzungen hat Kläger erfüllt, er leidet insbesondere nach dem Anlegeattest vom 24. Januar 1924 an keinerlei Krankheiten, die ihn zu seiner Berufstätigkeit unfähig machen würden. Es lag daher kein Grund vor, ihn zu invalidisieren und zwar um so weniger, als ein solcher Antrag von ihm nicht gestellt worden ist.

Wenn der vorläufige Vorstand des Reichsknappschaftsvereins den Beschluß gefaßt hat, Personen, die über 62 Jahre alt sind, nicht mehr in die Pensionskasse aufzunehmen, und solche, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, von Amts wegen zu invalidisieren, so ist diese Anweisung offenbar nur im Interesse der Mitglieder ergangen und hat die Bedeutung, daß Personen im Alter von 62 Jahren zur Aufnahme in die Pensionskasse nicht angehalten werden sollen, weil sie bei der vorgeschriebenen dreijährigen Wartezeit doch voraussichtlich keinen Anspruch auf Pensionskassenleistungen mehr erwerben, und daß Mitglieder mit 65 Jahren pensioniert werden sollen, ohne den Nachweis der Berufsunfähigkeit zu verlangen. In beiden Fällen wird das Einverständnis der Beteiligten vorausgesetzt. Zur Durchführung dieser Anweisungen gegen den Willen eines Beteiligten ist der Reichsknappschaftsverein nicht befugt, da sie im Gesetz keine Stütze finden. Der Kläger hat ein begreifliches Interesse an der Aufnahme in die Pensionskasse, um seine verlorengegangenen Dienstjahre wieder aufleben zu lassen. Daß Kläger die reichsgesetzliche Invaliden-(Alters-)Rente bezieht, ist ebenfalls kein Grund, ihn wider seinen Willen knappschaftlich zu invalidisieren, da die Bewilligung dieser Rente nicht die Erwerbsunfähigkeit voraussetzt, sondern an die Vollendung des 65. Lebensjahres geknüpft ist. Die alleinige Voraussetzung für die knappschaftliche Invalidisierung bleibt die Berufsunfähigkeit, die bei dem Kläger nicht vorliegt, der zurzeit noch Zimmerhauerarbeit, also wesentliche bergmännische Arbeit verrichtet."

*

In dem Urteil wird mit Recht betont, daß die beiden Beschlüsse des Vorstandes nur im Interesse der Versicherten erfolgt sind und daß in den Fällen, wo der Versicherte nicht einverstanden ist, die Durchführung der Beschlüsse nicht angewandt werden darf.

Fort mit dem Eisenzoll!

Der Eisenzoll hemmt die Wirtschaft!
Der Eisenzoll lähmt die Ausfuhr!
Der Eisenzoll führt zu politischen Konflikten!

Fort mit dem Eisenzoll!

Erhöhung der Leistungen in der Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

In der Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind sowohl die Leistungen als auch die Beiträge durch Schaffung einer neuen Klasse erhöht worden. Da die Aenderungen im „Reichsgesetzblatt" bisher noch nicht veröffentlicht worden sind, können wir noch nicht ausführlich darauf eingehen. Dies wird geschehen, sobald das Gesetz in seinem genauen Wortlaut uns vorliegt.

Vorläufig können wir nur berichten, daß die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung angewiesen sind, den erhöhten Grundbetrag vom 1. August ab zu zahlen. Es werden mehr gezahlt:

a) für Invalidenrenten, die zuletzt mindestens 16 Mk. monatlich betrugen, 4 Mark;
b) für Witwen- und Witwerrenten, die zuletzt mindestens 12 Mk. monatlich betrugen, 2,40 Mk., und
c) für Waisenrenten, die zuletzt 8 Mk. monatlich betrugen, 2 Mk.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Haben Unfallverletzte und Krankfeiernde Anspruch auf Urlaub?

Trotzdem man von den Berggewergeberichten schon so manches gewöhnt ist, hätte man es doch nicht für möglich gehalten, daß ein Berggewerbegericht, nämlich die Spruchkammer Duisburg, unter Vorsitz des Herrn Bergassessor van Rossum, entgegen der ausdrücklichen Bestimmung im Tarifvertrag, einem durch schweren Unfall Krankfeiernden den Urlaub nicht zuerkannte. Der Bergmann U., der am 15. Juli 1924 auf Zeche Friedrich Thyssen in Hamborn angelegt wurde, erlitt am 28. Juli dortselbst einen schweren Unfall (Beinbruch), weshalb er bis zum 8. Januar 1925 krankfeiern mußte. Nachdem er ein paar Schichten gearbeitet hatte, wurde er am 13. Januar 1925 wiederum vom Mißgeschick verfolgt, indem er sich bei der Arbeit eine schwere Quetschung zuzog, durch deren Folgen er wiederum gezwungen war, bis zum 15. April zu feiern. Der so schwer vom Schicksal betroffene Kamerad stellte dann am 30. April bei der Verwaltung den Antrag, ihm den zustehenden Urlaub für das Urlaubsjahr 1924/25 zu gewähren. Die Zechenverwaltung verweigerte ihm den Urlaub und es machte sich deshalb eine Klage am Berggewerbegericht notwendig. Wer nun glaubte, daß das Berggewerbegericht dem Kumpel zu seinem Recht verhelfen würde, irrte gewaltig. Der Kläger wurde mit seiner Klage abgewiesen, weil das Gericht die unverschuldete Krankfeierzeit als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses betrachtet. In der famosen Begründung zu diesem Urteil wird u. a. folgendes gesagt:

„Wenn nun auch nicht jede Unterbrechung der Beschäftigung durch Krankheit die Entstehung des Urlaubsanspruchs zu hindern braucht, so widerspräche es doch nicht nur dem klaren Wortlaut, sondern auch dem Sinne der tariflichen Urlaubsbestimmungen, die freie Zeit und Erholung nach längerer Anstrengung gewähren wollen, würde man dem Kläger, der in 8½ Monaten seit seiner letzten Anlegung nur 13 Schichten verfahren hat, Anspruch auf Urlaub zubilligen."

Wenn man so etwas liest, dann fragt man sich, wie das möglich ist, daß Urteile mit solchen Begründungen gefällt werden. Das Berggewerbegericht Duisburg scheint wirklich der Auffassung zu sein, daß solch schwere Unfälle, wie sie der Kläger erlitten hat, keine Anstrengungen sind, sondern im Gegenteil, das Zerschlagen der abgerackerten Knochen mache den Bergarbeitern am Ende noch Vergnügen, weshalb sie weiter keiner Erholung bedürfen. Daß dem nicht so ist, weiß jeder, der schon mal in einem Krankenhause die so zugerichteten Arbeiter mit verzerrten Zügen sich in ihren Schmerzen winedn sah. Solches alles soll nun nach Auffassung des Berggewerbegerichts Duisburg keine Anstrengung sein, wozu keine Erholung notwendig ist. Ja, wozu brauchen denn die Bessersituierten, deren Körper lange nicht so ausgemergelt sind wie die der Bergarbeiter, nach jeder minder schweren Krankheit eine woche- bis monatelange Erholung in den teuren Badeorten?

Doch jetzt zur Sache: Haben Unverletzte und Krankfeiernde keinen Anspruch auf Urlaub? Im § 4 Ziffer 2 des Manteltarifs heißt es:

„Voraussetzung für die Gewährung des Urlaubs ist eine einjährige ununterbrochene Beschäftigung auf einem Bergwerk des betreffenden Arbeitgeberverbandes einschließlich einer sechsmonatigen ununterbrochenen Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber seit der letzten Anlegung."

Alle diese Bedingungen waren vom Kläger erfüllt und, wenn noch Zweifel aufsteigen könnten, so müßten sie durch die protokollarische Erklärung zu Ziffer 5 behoben sein. Dort heißt es u. a.: „Wenn ein Arbeiter infolge Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit oder Unfall im laufenden Urlaubsjahr nicht hat nehmen können, so soll ihm dieser Urlaub in vollem Umfange im neuen Urlaubsjahr gewährt werden" usw. Die Vertragsparteien sind also übereingekommen, daß in allen Fällen, wo ohne Verschulden des Arbeiters eine Arbeitsunterbrechung eintritt, diese nicht als solche im Sinne des § 4 Ziffer 2 gelten soll. Klar und deutlich geht aus dem Tarifvertrag hervor, daß Krankfeierzeit, unbekümmert ihrer Länge, nicht das Arbeitsverhältnis unterbricht, es sei denn, daß es an sich durch ordnungsmäßige Kündigung beendet wird. Dieses war hier aber nicht der Fall. Das Arbeitsverhältnis war nicht gekündigt, der Kläger hatte infolgedessen Anspruch auf den Urlaub. Das Urteil des Berggewerbegerichts ist somit als ein Fehlurteil anzusehen. Wenn nun auch die Berggewerbegerichtsurteile, soweit das Streitobjekt die Berufungssumme nicht erreicht, bindend sind, so ist es doch ratsam, in solchen Fällen, wo gegen die bestehenden klaren Vereinbarungen entschieden wird, Beschwerde dagegen beim Oberbergamt einzulegen. Immerhin muß sich dieses dann dazu äußern. Auch dieses Urteil bestätigt wiederum die Forderung der Bergarbeiter: Hinweg mit den Berggewerbegrichten bezw. deren Vorsitzenden!

Schluß des redaktionellen Teils.

herb und lieblich

mit echtem Mokkageschmack dank Verwendung feinster Kaffeebohnen, kein Extrakt. Versuchen Sie den Mondamin-Mokka-Pudding und servieren Sie ihn mit guter Vollmilch oder Schlagsahne. Verlangen Sie aber stets:

MONDAMIN-FEINKOST-PUDDING

Fahrradbereifung spottbillig
wegen Aufgabe des Artikels:
Gleitschutzdecke prima Mark 2,75
dto. „ rot „ 2,90
dto. extra prima „ 3.—
Transportreifen extra schwer „ 4,—
Schläuche „ prima „ 1,20
Gummiklotzpendale Paar „ 2,—
Lenker- englische mit Vorbau „ 2,40
Versand per Nachnahme.
Willichs & Schwarz, G.m.b.H. Coblenz

An alle Asthmaleidende!
Hören Sie das Urteil Ihrer Leidensgefährten:
Das von Ihnen gesandte Heilmittel gegen Asthma und Lungenleiden hat mir geholfen. Fühle mich wie neugeboren. P. S. in P. — Ihr gesandter Lungenbalsam ist sehr vorteilhaft und soll bei keinem Lungenkranken fehlen. Ich erzielte wunderbaren Erfolg damit. J. F. i. C. — Ihr Nymphosan-Syrup hat meiner Frau und mir bei hartem Luftröhrenkatarrh gute Dienste getan. Nach nur einmaligem Gebrauch war der quälende Husten verschwunden und die Verschleimung beseitigt. Dieser überraschende Erfolg hat mich veranlaßt, das Mittel meinen Bekannten warm zu empfehlen. K. R. Sch. i. R.
So und ähnlich lauten die fast täglich bei uns eingehenden Dankschreiben. Best.: Balf. Mgr. cps. 3 %, Na benz. 0,1 %, Na. br. 2 %, Ferr. pept. oxyd. lign. aa 5 %, Extra Malt 21 %, Sacch. 16 %, f. emulg. Preis pro Flasche Mk. 3,—.
Zu haben in „Alte Apotheke" und „Einhorn-Apotheke".
Alleinbereiter: Nymphosan A.-G., München 38.

Vergessen Sie es nicht!
Lehmann & Assmy
Tuchfabrik
Spremberg (L.) 576
verkaufen direkt ab Fabrik
Anzugstoffe, Paletotstoffe, Joppen-, Boden- u. Wollenstoffe, Damentuche,
jedes Maß, an Private zu unerreicht billigen Preisen. Muster an jedermann frei.

Futterale
für Mitgliedsbücher
Preis 10 Pfg.
H. Hansmann & Co.,
Bochum i. W.

Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues u. seine Arbeiter.
Von Friedr. Laughorst.
Preis 1,50 Mk.
Zu beziehen durch
O. Hansmann & Co.
Bochum,

Arbeiter-Abstinentenbund
Organisation der sozialistischen Alkoholgegner.
(In vielen Städten Ortsgruppen.)
Kampfzeitschrift:
Der abstinente Arbeiter.
Beim zuständigen Postamt bestellen.
Vierteljährlich 30 Pfg.
Alkoholgegnerische Literatur, Flugblätter, Plakate, Lichtbilder
durch die Geschäftsstelle des
Deutschen Arbeiter-Abstinentenbunds
Berlin SO. 16, Engelufer 24.

Otto Ange: Die Bergarbeiter.
2 Bd. Vorzugspreis 8 Mk.

Bettfedern und Daunen aus erster Hand.
Gänsefedern, weiß und daunig, zum Selbstreißen, per Pfd. Mk. 1.75 u. 2.75. Gerissene graue per Pfd. Mk. 2.50. Gerissene weiße Mk. 3.20 u. 4.20.
Gerissene Halbdaune per Pfd. Mk. 6.00 u. 7.50.
Weiße Gänseschleißdaune p. Pfd. Mk. 7.50 u. 9.—
Rupffedern, graue „ „ Mk. 1.— u. 3.—
Rupffedern, weiße „ „ Mk. 4.—
Weiße Halbdaune „ „ Mk. 6.— u. 7.—
Weiße Daune „ „ Mk. 8.—
Volldaune oh Fed., graue „ Mk. 9.—
Volldaune oh. Fed., weiße „ Mk. 12.- u. 14.-
Versand p. Nachnahme in bestgewaschener Ware.
Umtausch gestattet. Jährl. Umsatz über 1500 Ztr.
Fertige Betten in allen Preislagen.
Pommersche Bettfedernfabrik, Otto Lubs
Stettin-Grabow 138.

Inserenden! Berücksichtigt die in unserer Zeitung inserierenden Firmen!

Ganz außer Gefahr

ist Ihr Eingemachtes,
denn ein Verderben durch Schimmel oder Gärung
ist ausgeschlossen,
wenn Sie

Dr. Oetker's Einmache-Hülfe

gebrauchen. Es ist das einfachste, billigste und trotzdem ausgezeichnete Verfahren.

Ein Päckchen von **Dr. Oetker's Einmache-Hülfe** genügt um 10 Pfund eingemachte Früchte, Gelee, Marmelade, Fruchtsäfte, Gurken usw. haltbar zu machen.

Gebrauchsanweisung ist jedem Päckchen beigegeben.

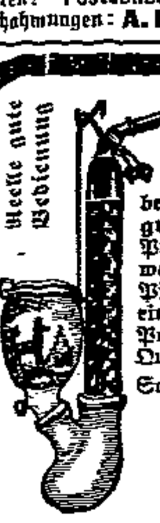
Dr. Oetker's Einmache-Rezepte erhalten Sie ebenso wie die beliebten Oetker-Backrezeptbücher kostenlos in den Geschäften, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von

Dr. A. Oetker, Bielefeld.

5000 große moderne Reise-Gläser nur 3,25 M.

pro Stück wie Abbildung inkl. gefüttertem Etui, Großer Reklame-Verkauf! Jeder Leser erhält nur 1 Stück! Großes Gesichtsfeld! Gute Linsen! Geschlossen 7 cm, aufgeschraubt 8,5 cm groß. Jeder ist entzückt! Täglich Dankschreiben, Nachbestellungen, Weiterempfehlungen aus allen Kreisen! Für Theater, Reise, Kino, Jagd, Sport, Rennen, Ausflüge, Wandervögel, Touristen, Radfahrer etc. Herrliche Fernsicht, Vorzügl. klare Vergrößerung! Auszug zum Stellen, für jedes Auge passend! Gute Ausführung! Garantie für jedes Stück! Für Damen und Herren! Postscheckkonto Berlin 49554. Vorsicht vor minderwertigen Nachahmungen: **A. Müller & Co.**, Opt. Fabr., **Fichtenau** G 162 b. Berlin.

Jeder Raucher



Reelle gute Bedienung

verlange,

bevor er Rauchtabak bestellt, meine Preisliste, die gratis und franko versandt wird. Erstaunlich billige Preise, gesiebte ausgiebige Sorten, die Ihnen schmecken werden. Bei 8 Pfd. eine Grob- oder Feinschnitt-Pfeife gratis oder wenn diese nicht gewünscht, dafür ein anderes Präsent nach der Auswahlliste, die meiner Preisliste beigefügt wird. Versand auch in kleineren Quantitäten porto- und verpackungsfrei,

Schreiben Sie noch heute, damit Sie es ja nicht vergessen, an die

große und altberühmte Rauchtabakfabrik „Weltruf"
Emil Köller,
Bruchsal Nr. 169 (Baden.)

Lungen- u. Asthmakranken

ist unser Kräuter-Tee „Silvana" von hervorragender, vorbeugender Wirkung. „Ihr Tee hat bei mir direkt Wunder gewirkt", schreibt E. W. in P. „Auswurf, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hörten sofort auf", „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tee mir bekommt". „Appetit und Wohlbefinden hoben sich", so lauten täglich einlaufende Dankschreiben. Pro Paket Mk. 1.– Nachn. Laut bezirksärztlicher Bestätigung frei verkäuflich. **Silvana-Gesellschaft, Augsburg 2.**

Das Unmögliche — hier wird's Ereignis!

1 Pfund leichter Rauchtabak	1,— Mk.
100 Zigarren garantiert rein Uebersee, 60% Brasil-Einlage	3,— Mk.
100 Zigarren garantiert rein Uebersee	4,— Mk.
100 Zigarren Fehlfarbe einer 12-Pf.-Zigarre	6,— Mk.
100 Zigarren Fehlfarbe einer 14-Pf.-Zigarre	7,— Mk.
100 Zigarren Feinste Brasil, extra groß und dick	12,— Mk.
100 Zigarren Feinste Vorstenland, extra groß und dick	12,— Mk.
100 Zigarren Fehlfarbe einer 30-Pf.-Zigarre Sumatra	15,— Mk.

Postsendungen per Nachnahme. Nichtpassendes wird zurückgenommen.

Ludw. Nordschild, Zigarren, Schweinfurt a. M.
Telephon 173.

Reklamepreis nur Mk. 4,00

kostet die echte deutsche Herren-Ankeruhr Nr. 32, stark vernickelt ca. 30stündiges Werk, genau reguliert . . . . nur M. 4,00
Nr. 53 Dieselbe mit Scharnier . . . . nur M. 4,50
Nr. 51 Dies. echt versilbert, mit Goldrand u. Scharnier nur M. 5,00
Nr. 55 Dieselbe mit besserem Werk . . . . nur M. 6,50
Nr. 58 mit Sprungdeckel, ganz vergoldet . . . . nur M. 12,80
Nr. 39 Damenuhr, versilbert, mit Goldrand . . . . nur M. 7,50

Nachts leuchtend nur M. 0,40 mehr

Nr. 79 Dies., kleine Form, nur M. 10,00
Nr. 81 Dieselbe, echt Silber, 10 Steine . . . . nur M. 20,00
Nr. 47 Armbanduhr mit Riemen . . . . nur M. 8,00
Nr. 44 Dieselbe mod. viereckige Form, mit besserem Werk nur M. 12,00
Wecker, Ia. Messingwerk . nur M. 3,25
Metall-Uhrkapsel . . . nur M. 0,25
Panzerkette, vernickelt . nur M. 0,30
" echt versilbert nur M. 1,50
" echt vergoldet nur M. 2,00
Golddoublekette . . . . M. 5,00

Garantie für jede Uhr.
Von den Waren verkaufe jährlich ca. 10 000 Stück.

Uhren-Klose, Berlin SW. 141,
Zossener Strasse 8.

Für unsere Zahlstellen.

Markenmappen für Hauptkassierer	2,50	Mk.
Markenmappen für Unterkassierer	1,25	"
Kassiererlistenumschläge, stark	0,75	"
Kassiererlistenumschläge, extrastark in Leinen	1,50	"
Aktentaschen, prima Rindleder, 2 Schlösser u. Griff	7,50	"
Zeitungstaschen, prima Rindleder	6,75	"
Zeitungstaschen in Segeltuch	2,25	"
Geldbeutel in Leder	0,95	"
Geldbeutel in Segeltuch	0,75	"

Bestellungen sind zu richten an
H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Str. 38/42

Schmerzen

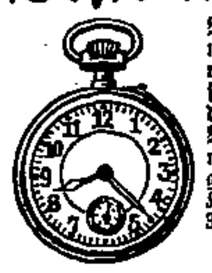
Togal

der Nerven, Rheuma, Gicht, Ischias, Kopfschmerzen, Grippe und Erkältungskrankheiten.

Togal-Tabletten stillen die Schmerzen und scheiden die Harnsäure aus. Hervorragend bewährt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken erhältlich.

12,6% Lith., 0,46% Chinin, 74,3% Acid. acet. salic., ad 100 Amyl.

Beste Uhren nur 3.50 Mark.



Nr. 3, Herren-Anker-Remontoiruhr, prima vernickelt, 3.50 Mk. Nr. 4, dieselbe, versilbert mit Goldrand, Scharnier, ovalem Bügel, 4,50 Mk. Nr. 5, dieselbe, ab.-m. besserem Werk, 5.75 Mk. Nr. 6, Sprungdeckeluhr, 3 Deckel, vergoldet, hochfeine Uhr, 11,50 Mk. Nr. 7, Damen-Anker-Remontoiruhr, echt versilb. mit Goldrand, 6.75 Mk. Nr. 8 Armbanduhr, mit gutem Lederriemen, 6,90, Kette, vernickelt, 0,40 Mk., Kavalierkette, echt vergoldet, 1 50 Mk. Jede Uhr hat 33stündiges, genau reguliertes Werk.

Versand gegen Nachnahme. Garantie für jede Uhr..

Fritz Heinecke, Braunschweig 55, Geisostr. 3

Wir empfehlen:

Otto Hue:

Die Bergarbeiter

Historiche Darstellung der Bergarbarbeiter-Verhältnisse

2 Bände (Halbleinen) Vorzugspreis 8 Mk.

Bestellungen sind zu richten an

H. Hansmann & Co.
Bochum, Wiemelhauser Str. 42.

Alte Wollsachen werden zu dauerhaften Herren- und Damenkleiderstoffen billig umgearbeitet in der Wollweberei **Karl Schütz** Lardenbach 65 (Oberhess.) Verl. Sie Muster portofrei

---

Musik-Instrumente

jeder Art kaufen Sie am billigsten direkt von der Fabrik
R. Otto Meinel,
Brunndöbra i. S. 33
Katalog gratis.

Geld Wohlfahrts Lotterie

Ziehung 17., 19. Aug.
4917 Gewinne zusammen R.-Mark

Hauptgewinne
120 000
60 000
40 000
20 000
10 000

Lose à Mark 3,30 und Porto 30 Pfg. extra

Preußische **Staats-Lotterie**
Hauptziehung 11.—31./8.
Höchstgewinne:
2 Millionen M.
1 Million M.
Noch wenige Kauflose zu

1/8	1/4	1/2	1/1
15,-	30,-	60,-	120,-

Hönig St. Lotterie-Einnehmer
Altona, Königsstr. 30
Postscheckkonto: Hamburg 63170.

Betten

echtrot, federdicht Daunenköper, 1½-schläfrig großes Oberbett, Unterbett und 1 Kissen mit 14 Pfd. grauen Federn gefüllt 2 Gebett Gm. 43,— lang. Gebett mit 2 Kissen und 16 Pfd. zartweichen Federn gefüllt Gm. 63,—

Bettfedern

graue, per Pfund Gm. 1,10, zart u. weich 1,50, graue Halbdaunen 3,25, Schleißfedern grau 2,25, weiße Halbdaunen 5,—, Daunen, grau 9,25, weiß 12,50. Bettbezug aus gutem farbigem Linon ob. kariert gestreift ob. kariert per Stück Gm. 7,20. Metallbetten, Matratzen Alle Aussteuerartikel billig. Muster u. Katalog 181 frei. Bettfedern-Großreinigung, Bettenfabrik und Versand

Th. Kranefuss, Cassel.

Edamer-Art-Käse

jetzt, 2 Kug. 9 Pfd. 27,50, Tilsiterart-Käse, fett 7,40 9 Pfd., holl. Gouda-Käse, Kugeln, fett 9 Pfd. 9,95, hin. Steppenkäse, fett, 9 Pfd. 9,50, hin. Schweizer Käse, fett, 9 Pfd. 12,95, [illegible] 5 kg-Postk. 5,75, Pflaumenmus 5-kg-Eimer 3,80, Ia. Harzer K. 100 St. 2,90 per Nachnahme frei Haus

Feinkostversandhaus
Hamburg,
Hamburg 4, Kielerstr. 74.
(Inhaber A. Mäder).

Ia. Tauben-futter

bestehend aus Weizen, Gerste u. Wickenhalbkörner, per Ztr. 9,— Mark ab hier Nachn.
G. Gassen, Coblenz.

Radio

Apparate mit allen Zubehörteilen fertig z. Aufstellen u. hören, liefere ich gegen Wochenraten von M. 1,75 an. Fahrräder Wochenr. M. 3,— Musikinstrumente Wochenrate M. 1,— an und angemessene Anzahlg. Preisliste umsonst.
Herm. Lembke,
Berlin, Emdenerstr. 40r

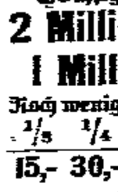
---

36 Berg Gebirg 47

Strapazierstiefel, erstkl., 3 doppelte Sohlen, Garantie, wasserd. 14 Mk., 3 Paar 34 Mk. Gruben- u. Arbeitsst., extra stark 8 Mk., 3 Paar 20 Mk. Nachn. Fr. Fischer, Kohlberg bei Aachen.

Ia. Harzer-Käse

pikant und speckig, Kiste 60 St. (ca. 4 Pfd.) Mk 2,70, 2 Kist. Mk 5 frei Haus unter Nachn
Käserei **Köppen**, Wernigerode (Harz 50)



Junge Hühner beste Legerasse lief. Geflügelhof. Mergentheim 17 Preisl. frei. Reelle Bedienung.

Feldgraue Tuche

per Meter Mk. 4,50. Vertreter gesucht. Tuchfabrik Tirschenreuth.

Bettnässen

sofortige Befreiung Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft grat.
Dr. med. Eisenbach,
München A 19,
Theresienstr. 74.

Viktor Kalinowski:

Meine Seele singt!

Gesammelte Gedichte

Preis für Verbandsmitglieder
— 75 Pfennig —

Zu beziehen durch
Hansmann & Co., Bochum

„Seit Jahren litt ich an einem sehr schmerzhaften

Gesichts-ausschlag

mit Schuppenbildung, Rissen und Anschwellungen. Höhensonne und Röntgenstrahlen vermochten das Leiden nur zeitweise zu lindern. Salben blieben nicht erfolgreicher. Die dreimalige Anwendung Ihrer 35%igen Zucker's Patent-Medizinal-Seife hat in einer halben Woche das Leiden so gründlich beseitigt, daß auch die natürlicherweise zu erwartenden Rückschläge bis heute ganz ausgeblieben sind. Ich muß somit Ihre Reklame voll bestätigen u. feststellen, daß sie durch tatsächliche Erfolge gelegentlich noch übertroffen wird. Bauamtm. H." Man bekommt Zucker's Patent-Medizinal-Seife à Stck. 60 Pfg. (15%ig), M. 1,— (25%ig) u. M. 1,50 (35%ig, stärkste Form), dazu Zuckooh-Creme à 45, 65 und 90 Pfg., in jeder Apotheke, Drogerie und Parfümerie.

Motorräder

gegen bequeme Ratenzahlungen und erschwingliche Anzahlung, fabrikneue und auch gebrauchte verschiedene Fabrikate, zu äußerst billigsten Preisen, versende ich an sichere Kunden. Bitte verlangen Sie Preislisten, Bedingungen, Kaufvertrag und Buch mit Abbildungen und Beschreibungen.

Gust. Gers, Motorräder,
Braunschweig 7, Echternstr. 38.

1000 Italiener Junghühner

täglich lieferbar unter Garantie lebender Ankunft.
1925. Frühbrut, 3—4 Monate alt 2,70 M.
ältere über 4 Monate 3,30 M.

Spezialfarben:

weiß, rebhuhnfarbig, Kuckucksperber, gelb, silberhalsig, 30 Pfg. teurer.
Legende 1924. Hühner 4,50 M.

Zuchtgeflügelgrossh. Krauss,
Gross-Zimmern i. Hess.

Billige böhmische

Bettfedern

1 Kilo graue geschlissene Gm. 3.—, halbweiße 4.—, weiße 5.—, bessere 6.—, 7.—, daunenweiche 8.—, 10.—, beste Sorte 12.—, 14.— Gm. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 209
bei Pilsen in Böhmen.

Kugelkäse	9 Pfd.	M.	6,12
Tafelfettkäse	9	"	10,08
Dän. Schweizerkäse	12	"	14,40
Erstkl. Dauerwurst	9	"	19,35

Nachnahme. Nirgends billiger.

Käsehaus Seibold, Nortorf Holst. 22.

Ziehung 19., 20. Aug.
Für unsere **Kriegsblinden!**

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

4918 Gewinne in bar ohne Abzug Mk.

Hauptgew.
120 000
ca. 60 000
40 000
20 000

Orig.-Lose Mk. 3,30 Porto u. Liste 35 Pf. extra empfiehlt und versendet auch unter Nachnahme

Emil Stiller Ngf.
Bankhaus
Hamburg, Holzdamm 37
Baldige Bestellung erw.

Schuhe

f. Gruben- u. Hüttenarbeiter u. and. Berufe. Ia. Ausführung u. Qualität, M. 8, 9,50, 10. Sandalen 27—30 4 M., 31—35 5 M., 36—46 6 M. Nr.-angabe. Nachnahme. Reelle Bedienung. Verlang. Sie Spezialofferte. Peter Wählen, Geilenkirchen-Hünshoven (Bez. Aachen)

Mein Schaf, mein Kleid!
Schon seit 1859 verarb.

Schafwolle

billig zu unvermutlichen
Herren- u. Damenstoff, Decken u. Strickgarn,
L. G. Vocke.
Bramsche 82a
Tuchfabrik, Muster frei
Zusende u. Dankschreib.

Dauerhafter Damenstoff

oder 9 Mtr. Herrenstoff erhält jed. angefertigt, wer 9 Pfund alte Wollsachen od. Wollabfälle einsendet. Proben mit Anfertigungspreisen franko. Wollweberei **Hch. Schombert,** Lardenbach 77 (Oberh.)

Volksfürsorge

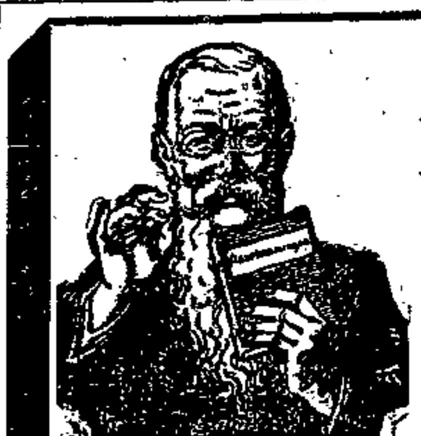
Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherung

Meine Klappkamera

Modell Perfekt

ist die Sehnsucht aller Amateure! Denn sie ermöglicht es jedermann ohne Vorkenntnisse tadellose Aufnahmen herzustellen. — Die Kamera ist eingerichtet für Platten und Filmpack, versehen mit vorzüglich zeichnender Optik in 5facher bis ¹/₁₀₀ Sek. verstellbaren Verschluß mit regulierbarer Blende, Spiegelsucher, Mattscheibe mit Lichtschutzklappe. Stativgewinde für Hoch- u. Queraufnahmen und Kassette. Platten, Papiere, Chemikalien u. Anleitung werden ohne Berechnung gratis mitgeliefert. Größe 6 zu 9 cm Gmk. 13,50, 9 zu 12 cm Gmk. 15,—. Versand: Nachnahme zuzüglich Versandspesen oder Voreinsendung spesenfrei. Auskunft und Listen für andere Apparate und sämtlichen Photobedarf nur gegen Briefporto.

F. E. HILTMANN, DRESDEN 28-230



Eine frohe Botschaft an alle Kranken!

Gegen Krankheiten verschiedenster Art ist seit Jahren bewährt und erprobt

Dr. Zinsser's Heil-Tee.

1. Abführ-Tee,	23. Keuchhusten-Tee,
2. Asthma-Tee,	25. Krampf- und Kolik-Tee,
3. Ausschlag- u. Hautleiden-Tee,	26. Leber- u. Gallenstein-Tee,
	27. Luftröhren-Katarrh-Tee,
7. Bleichsucht-Tee,	28. Tee gegen Lungenleiden,
8. Blutreinigungs-Tee	29. Magen-Tee,
9. Brust- und Husten-Tee,	32. Nervenleiden-Tee,
10. Diabetiker-Tee,	34. Nieren- u. Nierensteintee
11. Entfettungs-Tee,	35. Rheumatismus-Tee
12. Epilepsie-Tee,	36. Skrofulose-Tee,
13. Frauen-Tee,	37. Stopf-Tee,
14. Flechten-Tee,	38. Weißfluß-Tee,
16. Gelbsucht-Tee,	39. Wurm-Tee,
20. Hämorrhoidal-Spezialtee	40. Tee gegen Ader- resp. Arterien-Verkalkung.
21. Herzleiden-Tee,	
22. Kehlkopf-Katarrh-Tee,	

40 verschiedene Sorten!

Eine Anerkennung unter Tausenden:

. . . „Mit Freuden kann ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Tee bei meinen Jahrelangen Leiden Wunder gewirkt hat. Ich kann jetzt wieder laufen wie zuvor, und nehme die Arbeit auf mit Freuden".
J. Stegmann, Gelsenkirchen

Unsere Garantie.
Wir zahlen Ihnen den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung des „Echten Dr. Zinsser's Rheumatismus-Tees keinen Erfolg erzielen.

Das Probepaket liefern wir Ihnen zu dem Ausnahmepreis von **M. 1,50** Porto u. Nachnahmespesen tragen wir. Schreiben Sie heute noch, denn um so rascher kann Ihnen geholfen werden!

Dr. Zinsser & Co., Leipzig 483
Gegründet 1898 — Seit 27 Jahren bewährt.

Aus der Geschichte des sächsischen Bergbaues und seine Arbeiter

Zur 50jähr. Erinnerung a. d. Gründung der sächs. Bergarbeiterorganisation

Verfaßt im Auftrage unserer Bezirksleitungen Zwickau u. Lugau von
Friedrich Langhorst.

Preis 1,50 Mark und Porto.

Zu beziehen durch d. Bezirksleitungen Zwickau und Lugau, die Vertrauensleute unserer sächsischen Zahlstellen u. durch unsere Buchhandlg

H. Hansmann & Co., Bochum

Konkurrenzlos! Sie erhalten **gratis** bei Kauf 1 modernes **Kaffeeservice** von 10,— M. an oder von 5,— M. an 1 gutes Eßbesteck nur gegen diesen Inseratenausschnitt! Wir liefern Ankeruhren, ca. 36 stünd. Werk:

Für j. Uhr Garantie

Nr. 3 gutregulierte Herrentaschenuhr nur M. 3,85
" 4 Nickelherrenuhr M. 4,40
" 5 Remont.-Nickel-Herren-Uhr " 4,95
" 6 Anker Remont., versilb. Goldrd. " 7,15
" 15 Kaval.-Uhr, 3 Deckel, m. echt Gold " 14,10
" 16 schweiz. Sprungd.-Uhr, echt vergoldet " 23,10
" 17 echt 800 Silber, 10 Steine . M. 25,50
" 30 Damenremontoiruhr, echt vers. " 8,25
" 47 Nickel-Armbanduhr, mit Riemen " 8,80
" dieselbe. bess. mod. Ausführung . " 13,20

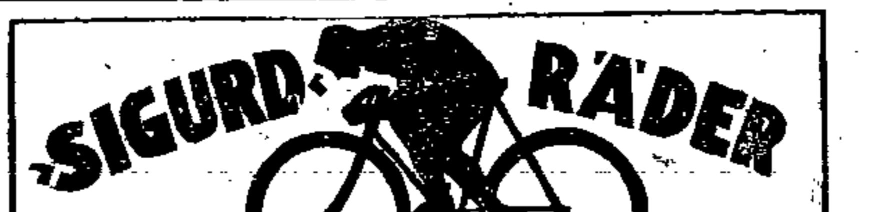
Metallkapsel 25 Pf., Ketten: Nickel 50 Pf., echt vers. 1,50 M., echt verg. 2,— M., Doublé 5,— M. Vers. Nachnahme. **Uhrenhaus „HUGAMA"** G. m. b. H., Dresden-Blasewitz 66.

Kein Bergmann ohne

Köppel's Latschenöl-Hirschtalgsalbe

tausendf. bewährt, ärztl empfohlen gegen Wundgehen, Fußschweiß, Aufliegen, Hautausschläge, Schrunden, Bartflechte, Sonnenbrand, Brandwunden, off. Hämorrhoiden, offene Füße, rheumatische Schmerzen, Nervenreißen usw. Glänz. Anerkennungen! Kostenl. Prospektzusend. Tube 1,60, 4 Tuben 6 M. Franko gegen Nachnahme

K. v. Koeppel,
Latschenöl-Destillationen
Pasing Nr. 62 (Bay.)
Gegründet 1894.



Enorm billig und doch gut!

Fordern Sie gratis und franko KATALOG von der „SIGURD"-GESELLSCHAFT m.b.H. CASSEL 78

Ia. Eiderfettkäse

9 Pfund Mk. 6,00 franko
Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Solange Vorrat reicht!

Ia. geräuch. Schw. Schinken

gesunde, reinschmeckende Ware Pfd. nur 95 Pf.
Ia. geräuch. Schweinekopf . " 58 "
Ia. " Schweinebacken o. Kn. Pfd. 105 "
Alles tierärztlich untersucht u. vollwertig abgestempelt. Garantie: Zurücknahme b. Nichtgefallen. Versand in Postpaketen von 9 Pfd. an (Bahnsendungen ab 30 Pfd. per Pfd. alles 5 Pf. billiger) ab hier Nachnahme.

W. Peter Pape, Fleischwaren-Fabrik, **Hamburg 4** B.-Z.

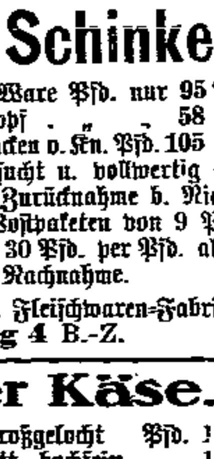
Allgäuer Käse.

Emmentaler, vollfett, großgelocht	Pfd.	1,60
Limburger, Stg., vollfett, hochfein	"	1,10
Limburger, 20%	"	0,95
Romadur in Staniol, prima	"	1,05

Nur garantiert erstklassige Ware, aus erster Hand, franko Nachnahme.

V. Schädler,
Molkereiprodukte, Hemigkofen (Allg.)

Musik-instrumente



vom Herstellungsort zu herabgesetzten Preisen
Verlangen Sie Katalog!
Max Dörfel,
Klingenthal i. S. 96
Viele Dankschreiben!!

Blütenreinen

Bienen-Honig

mit Zusatz feinster Raff.
10 Pfund-Eimer Mark 12,00
ab hier Nachnahme.

Eugen Schulze
Versandhaus
Freiburg i. B., Schlangenweg 5.

Zigarette „Arbeitersportler", Preis 3 Pfennige, Fabrikat der G.E.G.

zu haben in allen Vertriebsstellen des **Konsumvereins „Wohlfahrt", Bochum.**

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft

Wer seine sauer erworbenen Groschen den Kapitalisten zuführt, stärkt deren Macht und versündigt sich an seinen eigenen Interessen.

Wer aber am Ausbau des großen sozialen Werkes mitwirkt, fördert sein eigen Wohl und das seiner Kinder.